

## IV. Performative Diplomatie: Sozialdemokraten auf der internationalen Bühne

### 1. Weltpolitik in Hamburg-Langenhorn

Wer über die Welt Bescheid wusste, der wollte sie auch mitgestalten. Deshalb begriffen sich die Sozialdemokraten selbst als legitime außenpolitische Akteure. Es war nicht nur der Bundeskanzler, der die internationale Bühne als „Resonanzgebiet“<sup>1</sup> nutzte, um innenpolitische Legitimität zu generieren und darzustellen.<sup>2</sup> Auch seine mehr oder weniger prominenten Parteifreunde empfanden das Bedürfnis, den Supermächten Wege zu zeigen, wie diese sich in Genf doch noch einigen könnten. Das war Teil der Art und Weise, wie sie ihren Protest kommunizierten. Ob mit oder ohne Ämter – wen der Kalte Krieg nicht mehr überzeugte, der musste versuchen, Konflikte einzuhegen und Kooperationen zu stärken. Deshalb appellierten fast alle Sozialdemokraten an die Rationalität der Supermächte, die einsehen sollten, dass sie mehr Vorteile hätten, wenn sie friedlich zusammenarbeiteten, als wenn sie aufrüsteten. Während im Nachrüstungsstreit epistemologische Rahmensetzungen an Bedeutung verloren, wenn Gegenexperten neue Wissensbestände konstruierten, überschritten viele SPD-Funktionäre, die die Stationierung ablehnten, auch räumliche Grenzen. Um die Jahre 1982/83 herum kam es zu einer bemerkenswerten Intensivierung der Austauschbeziehungen zwischen SPD-Vertretern und Akteuren im Ausland. Entscheidend ist: Wenn Sozialdemokraten nach Washington oder Moskau flogen, um zu hören, was die Vertreter der Supermächte dachten, und um auf rüstungskontrollpolitische Optionen hinzuweisen, dann waren dies performative Akte, die erstens darauf angelegt waren, die Stationierung überflüssig zu machen, und die zweitens darauf zielten, ihr Prestige im Ausland, in der Bundesrepublik und vor allem in der SPD zu steigern. Bei keinem anderen SPD-Mitglied tritt dies so klar zutage wie bei Helmut Schmidt – zumindest so lange er Kanzler war.<sup>3</sup>

Je erfolgreicher Helmut Schmidt dabei war, die US-amerikanische Politik in einem düsteren Licht zu malen, desto eher konnte er hoffen, seinen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen.<sup>4</sup> Er verstand sich wie kaum ein anderer darauf, die „Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen“<sup>5</sup> zu beschwören. Sie rührte für ihn daher, dass die US-Regierung unständig agierte und ihre Verbündeten im Unklaren ließ, welchen Kurs sie einschlagen wollte. Nun präsentierte sich Schmidt seiner Partei und der Öffentlichkeit als Gegenbild zu den Amerikanern. Er inszenierte sich während seiner Kanzlerschaft als Staatsmann, der einem festen Plan folgte, der die Prämissen seines politischen Denkens erläutern konnte, der verlässlich handelte und dafür einstand, dass die Konfrontation zwischen den Supermächten nicht eskalierte.<sup>6</sup> Gegenüber dem SPD-Fraktionsvorsitzenden

<sup>1</sup> Niclauß: Kanzlerdemokratie, S. 190.

<sup>2</sup> Zu diesem Prozess für das Alte Reich vgl. Stollberg-Rilinger: Symbolsprache, S. 299.

<sup>3</sup> In diesem Punkt gab es Ähnlichkeiten zur Strategie „Frieden durch Kommunikation“ von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, vgl. Bresselau von Bressensdorf: Frieden, pointiert S. 309–320.

<sup>4</sup> Über Schmidts Verhältnis zu Amerika wurde viel geforscht und geschrieben, siehe als Auswahl: Wiegrefe: Zerwürfnis; Geiger: Schmidt-Genscher; Scholtyseck: The United States; Schulz: Reluctant.

<sup>5</sup> Wiegrefe: Zerwürfnis.

<sup>6</sup> Vgl. Gespräch Bundeskanzler Helmut Schmidt mit Mrs. Flora Lewis und Mr. Vinocur von der „New York Times“ am 7. 7. 1981 (Hintergrundgespräch), undatiert, insb. S. 21, AHS, Eigene Arbeiten.

Herbert Wehner nahm er eine Anleihe beim Sprachschatz der Nautik und einer berühmten Bismarck-Karikatur von 1890, als er sich mit einem Lotsen verglich: „Ein Lotse, der in schwierigen Stürmen von Bord ginge, wäre nichts wert und müßte sich vor sich selber schämen.“<sup>7</sup> Jeder sollte versichert sein, dass es seinem Willen entspreche, „Kurs zu halten“.

Nun gab sich Schmidt häufig als umsichtiger Lotse, der das Staatsschiff durch unruhige Gewässer leitete. Vielleicht lag es ihm als Hamburger nahe, seine politische Situation mit der Seefahrt in Beziehung zu setzen. Doch die Parallele, die Schmidt zwischen sich und einem Lotsen sah, verwies auch darauf, dass er beanspruchte, den besseren Weg zum Ziel zu kennen. Gegenüber einem anderen Briefeschreiber betonte er, dass er stets das sagen werde, „was ich für wahr und für notwendig halte“.<sup>8</sup> Wenn Schmidt sich als Lotse gab, dann kann man das als seine Antwort auf die Probleme politischer Steuerung sehen, wie sie sich den Zeitgenossen seit Mitte der siebziger Jahre präsentierten.<sup>9</sup> Klar ist: Begriffe wie „Führungsfähigkeit“, „Konsistenz“ und „Verlässlichkeit“ strukturierten die Welt von Schmidt. Er erzählte von ihr in der Sprache des prinzipientreuen Politikers, als welchen er sich so gerne sah. Sein Narrativ funktionierte nur, weil er etwas gefunden hatte, von dem er sich abgrenzen konnte, und das waren die Regierungen von Jimmy Carter und Ronald Reagan. Die Beziehungen zwischen Europa und den USA waren in einem schlechten Zustand, und das Führungsvakuum, das die US-Regierung hinterließ, eröffnete ihm Raum, um sein Ansehen zu potenzieren. Will man Schmidt als Politiker und als Person historisieren, muss man zusammendenken, wie er in den frühen achtziger Jahren von einer angeblichen Führungsschwäche der USA sprach und sich gleichzeitig als derjenige vorstellte, der das Vakuum zu füllen imstande war.<sup>10</sup> Er handelte in der Logik einer „Politik der Sichtbarkeit“, die vom Bewusstsein ausging, dass sich nonverbal Sachverhalte ausdrücken ließen, die sich Worten entzogen.<sup>11</sup> Die Wirklichkeit, die Schmidt erzeugen wollte, war konkret: Man musste sie sehen und zumindest am Fernschirmschirm erleben können.

Es ist bekannt, dass das persönliche und politische Verhältnis zwischen Schmidt und Carter belastet war,<sup>12</sup> was nicht nur daher rührte, dass Schmidt auf die Wiederwahl von Gerald Ford gesetzt hatte.<sup>13</sup> Das Verhältnis von Schmidt und Carter „war fast schon legendär schlecht“.<sup>14</sup> Es ging darum, dass die Westeuropäer und insbesondere die Bundesrepublik an der Entspannung gegenüber dem Warschauer Pakt festhielten, während die US-Regierung ihren Kurs modifizierte. Schmidt sah die „Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen“ als Ausdruck einer historischen Hypothek. Denn die Vereinigten Staaten waren nach dem Debakel in Vietnam und dem Watergate-Skandal in den frühen siebziger Jahren in eine Identitäts- und Legitimitätskrise geraten.<sup>15</sup> Hinzu kamen außenpolitische Demütigungen wie die Geiselnahme amerikanischer Staatsbürger in der US-Botschaft in Teheran 1979 oder der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan an Weihnachten des

<sup>7</sup> Schmidt an H. Wehner, 21. 10. 1981, S. 1, AdsD, HWA, 1/HWAA001795.

<sup>8</sup> Schmidt an Walter R., 12. 8. 1983, AHS Korrespondenz.

<sup>9</sup> Vgl. Böhm: Sicherheit, S. 215.

<sup>10</sup> Niclaß schätzt den Erfolg Schmidts skeptisch – vielleicht zu skeptisch – ein. Niclaß: Kanzlerdemokratie, S. 189f., 224f.

<sup>11</sup> Daum: Kennedy, S. 14.

<sup>12</sup> Grundlegend Wiegreffe: Zerwürfnis.

<sup>13</sup> Dazu auch Staden an Schmidt: Ihr Gespräch mit Präsident Carter am 5. 3. 1980, 5. 3. 1980, AdsD, 1/EBAA000832; auch in AAPD 1980, Dok. 71.

<sup>14</sup> Kreis: Nachfolgegeneration, S. 609.

<sup>15</sup> Dazu auch Staden: Referat in Düsseldorf vor einem privaten Kreis, 18. 10. 1983, S. 1f., AdsD, 1/HEAA000458.

Jahres. Die einstmals so selbstgewisse Weltmacht befand sich in einer Phase der Verunsicherung, in der sie ihr Selbstverständnis als globale Führungsmacht neu bestimmte. Was Schmidt über die US-Politik sagte, entsprach zumindest partiell auch dem, was die SPD über die internationalen Beziehungen dachte. Stemmten sich Sozialdemokraten aber vorrangig gegen den drohenden Rüstungswettlauf, richtete Schmidt seine Kritik auf die angeblich fehlenden Führungsqualitäten der amerikanischen Präsidenten. Die SPD und ihr Kanzler fürchteten beide ein Ende der Entspannungspolitik und eine Rückkehr zum Kalten Krieg; sie unterschieden sich allenfalls darin, wie drastisch sie ihre Kritik in Worte kleideten. Es war indessen nicht nur die Sozialdemokratie, die die Carter-Regierung skeptisch wahrnahm. Die „Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen“ nannten viele Beobachter in den siebziger und achtziger Jahren, wenn sie ihre Realität beschrieben,<sup>16</sup> und sie zieht sich wie ein roter Faden durch die historische Literatur.<sup>17</sup>

Die Europäer zweifelten massiv an der US-Regierung. Das blieb Washington nicht verborgen. Anthony Lake, der Leiter des Planungsstabes im State Department, berichtete 1978 von Gesprächen in Bonn, er habe zahlreiche „comments about uncertainties and lack of coherence in US policies“ gehört.<sup>18</sup> Insbesondere Schmidt werde von Sorgen über „the destruction of détente and a revival of the Cold War“ getrieben.<sup>19</sup> Eine Analyse für den Nationalen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski sprach 1979 sogar von „the dangers of fragmentation“.<sup>20</sup> Mit der Bundesrepublik umzugehen war aus US-amerikanischer Sicht schwierig, denn das Land und sein Kanzler waren „desperately frightened of losing the tangible day-to-day benefits of Ostpolitik, of again witnessing a widening divide between the German people“.<sup>21</sup> Gleichzeitig arbeitete eine Analyse der Central Intelligence Agency (CIA) heraus, wie der amerikanische Einfluss in einer globalen Perspektive zurückging und die alliierten Partner an Macht gewannen.<sup>22</sup> Die US-Regierung sah als Grund für die Kritik Schmidts, dass dieser sich mit den Machtverschiebungen nicht abfinden wollte.<sup>23</sup> Schmidt und seine Regierung täten sich schwer damit, ihre gewachsene Verantwortung im Bündnis anzuerkennen. Die Deutschen hätten sich zu lange „comfortable with political limitations imposed by their unique history“ gefühlt; sie seien „ambivalent about assuming leadership themselves“.<sup>24</sup> Dennoch erkannte Washington, wie entschei-

<sup>16</sup> Vgl. exemplarisch Dönhoff an Schmidt, 4. 3. 1977 und 11. 5. 1977 sowie die Antwort vom 7. 6. 1977, AHS, Korrespondenz; Karl Kaiser: Carters außenpolitische Konzeptionen und Berater. Eindrücke nach Gesprächen mit Beteiligten in den USA [1976], AdsD, 1/HEAA000457; Staden an Schmidt: Vermerk über Ihr Gespräch mit PM Thatcher am 7. Mai 1980, 9. 5. 1980, AdsD, 1/HSAA006756; abgedruckt in AAPD 1980, I, Dok. 141, hier S. 738f.

<sup>17</sup> Vgl. paradigmatisch Wiegrefe: Zerwürfnis, S. 375f.

<sup>18</sup> Lake an Cyrus Vance: Policy Planning Talks in Europe, 12. 7. 1978, S. 1, NA, Lake Papers, b 13.

<sup>19</sup> Lake an Vance: Policy Planning Talks in Europe, 12. 7. 1978, S. 3; Allied Response to the Afghan Crisis: Overview of Country Assessments, undatiert, JCL, Brzezinski Material: Brzezinski Office File, b 1, f Afghanistan, 2/80.

<sup>20</sup> Steve Larrabee an Brzezinski: West Germany: Old Wine in New Bottles – But More Potent, 20. 4. 1979, S. 1, JCL, Staff Material: Europe, USSR, and East/West, b 3, f Chron, 4/18–25/79.

<sup>21</sup> Robert D. Blackwill an Brzezinski: Schmidt and the Afghanistan Crisis (S), 11. 2. 1980, S. 1, JCL, Zbigniew Brzezinski Collection, b 25, f Meetings-PRC 143: 6/2/80.

<sup>22</sup> National Foreign Assessment Center (CIA): Changing Power Relations among OECD States, 22. 10. 1979, JCL, Staff Material: Europe, USSR, and East/West, CREST, NLC-23-1-1-3.

<sup>23</sup> Grundlegend zu den historischen Wurzeln dieser Wahrnehmungsdisposition Wiegrefe: Zerwürfnis, S. 33–48.

<sup>24</sup> Brzezinski an Carter: Your Meeting with Chancellor Schmidt (U), 5. 6. 1979, S. 2, JCL, Brzezinski Material: VIP Visit File, b 4, f Germany, Chancellor Schmidt, 6/6/79.

dend es war, die Vorbehalte der Deutschen zu zerstreuen. Für Washington war Bonn „the hub of the Allied wheel“<sup>25</sup> und Schmidt der wichtigste Verbündete.<sup>26</sup> Deshalb bemühte sich Carter darum, die Beziehungen zu verbessern, indem er Schmidt seine politischen Ansichten und Ziele „systematically and comprehensively“ darlegte<sup>27</sup> und eine gezielte Informationspolitik gegenüber deutschen Medienvertretern lancierte.<sup>28</sup>

Auch im inneramerikanischen Diskurs war die Kritik an Carters angeblicher Führungsschwäche ein zentrales Argument gegen die mögliche Wiederwahl des Präsidenten 1980. Ein kurz nach dem republikanischen Wahlsieg in den Reihen der konservativen Denkfabrik The Heritage Foundation abgefasstes Papier mit dem Titel „Restoring American Leadership“ übte massive Kritik an der demokratischen Vorgängerregierung. Dabei war Schmidts Rede von einer Krise der transatlantischen Beziehungen der entscheidende Beleg, mit dem die Republikaner ihre Kritik begründeten.<sup>29</sup> Das Memorandum „The Atlantic Alliance“, das der neue US-Außenminister Alexander Haig im Frühjahr 1981 an Präsident Reagan sandte, definierte es als vordringliches Ziel, das Vertrauen von Schmidt zurückzugewinnen.<sup>30</sup> So hatte der Kanzler allen Grund, darauf zu hoffen, dass die Beziehungen zu Reagan besser würden.<sup>31</sup> Dabei unterschätzte er jedoch, wie unterschiedlich die Ziele waren, die Bonn und Washington verfolgten. Denn für Reagan hatte die Wiedergewinnung von nationaler Stärke einen größeren Stellenwert als Rüstungskontrolle.<sup>32</sup> Der Kalte Krieg war für ihn nicht das Problem, für das ihn weite Teile der SPD mittlerweile hielten. Als der US-Präsident am 9. Juni 1982 in Bonn vor dem Bundestag sprach, verlangte er eine „strengthened Atlantic security“ und eine verbesserte gemeinsame Verteidigung: „This depends in part on a strong America. A national effort [...] is now underway to make long-overdue improvements in our military posture.“<sup>33</sup> Während Reagan die militärischen Potentiale aufstocken wollte, um den Frieden zu sichern, hielt er Rüstungskontrolle in seiner ersten Amtszeit allenfalls aus einer Position der Stärke heraus für denkbar.<sup>34</sup> Damit musste er zwangsläufig in Konflikt mit Schmidt und der SPD geraten.<sup>35</sup>

<sup>25</sup> Blackwill an Brzezinski: Schmidt and the Afghanistan Crisis (S), 11. 2. 1980, S. 1.

<sup>26</sup> So Jeffrey G. Barlow: Backgrounder „NATO: Restoring American Leadership“, 11. 2. 1981, S. 2–4, RRL, Sven Kraemer Files, b 90103, f [NATO-American Leadership-Heritage Foundation]; dazu auch Wiegrefe: Zerwürfnis, S. 33; dagegen übertreibend Schwammel: Aufstieg; dazu Schulz: Reluctant.

<sup>27</sup> Brzezinski an Carter: Agenda for the Schmidt Visit, undatiert, S. 1, JCL, Brzezinski Material: VIP Visit File, b 4, f Germany, Chancellor Schmidt, 7/13–15/77: Cables and Memos.

<sup>28</sup> Dazu George S. Vest an Lake: Appointment Request: Dr. Theo Sommer (FRG) Chief Editor of Die Zeit, 11. 4. 1978, NA, Lake Papers, b 11; International Communication Agency: Foreign Media Reaction: Selected Foreign Affairs Issues, 21.–27. 4. 1978, JCL, Zbigniew Brzezinski Collection, b 41, f Weekly Reports [to the President], 53–60: [4/78–5/78].

<sup>29</sup> Vgl. Barlow: Backgrounder „NATO: Restoring American Leadership“, 11. 2. 1981, S. 2–4.

<sup>30</sup> Haig an Reagan: The Atlantic Alliance, 29. 4. 1981, S. 1, RRL, Executive Secretariat, NSC: NSC Meeting Files, b 91282, f NSC 00008 30 Apr 81 (3).

<sup>31</sup> So in Protokoll der Fraktionssitzung am 5. 11. 1980, AdsD, Bestand SPD-BTF, IX. WP, 2/ BTFI000001.

<sup>32</sup> Dazu AAPD 1981, II, Dok. 204.

<sup>33</sup> Reagan: Address Before the Bundestag in Bonn, Federal Republic of Germany, 9. 6. 1982, in: *The Public Papers of President Ronald W. Reagan*, <<http://www.reagan.utexas.edu/archives/speeches/1982/60982b.htm>> [23. 9. 2015].

<sup>34</sup> So in National Security Council Meeting, 30. 4. 1981, S. 2, RRL, Executive Secretariat, NSC: NSC Meeting Files, b 91282, f NSC 00008 30 Apr 81 (2).

<sup>35</sup> So schon hellsichtig Kaiser an Schmidt: Reagans wahrscheinliche Außen- und Sicherheitspolitik nach Gesprächen mit seinen Beratern, 9. 10. 1980, S. 1f., AdsD, 1/HSAA006843.

Bei seiner ersten Visite in Washington nach der Amtseinführung Reagans im Mai 1981 verlangte Schmidt Auskunft darüber, ob die USA bereit seien, beide Teile des Doppelbeschlusses zu implementieren.<sup>36</sup> Dass Reagans Antwort, er werde Gespräche mit der Sowjetunion aufnehmen, in der Folgezeit immer wieder durch hohe Regierungsbeamte infrage gestellt wurde, verfestigte Schmidts Eindruck, es mit einem inkonsistenten Partner zu tun zu haben. Deshalb begann er sich in den frühen achtziger Jahre zunehmend als „Dolmetscher“ und „Vermittler“ zwischen den Supermächten zu stilisieren, der dafür eintrat, dass Gesprächskanäle geöffnet und die Rationalitätsgemeinschaft erhalten blieben.<sup>37</sup> Er reiste zu Carter und Reagan und wies darauf hin, dass der Doppelbeschluss neben der Stationierungskomponente auch einen Verhandlungsteil beinhalte, den es ernstzunehmen gelte, und widersprach, wenn Amerikaner behaupteten, der Nachrüstungsteil des Allianzbeschlusses sei auf seinen Druck hin gefasst worden.<sup>38</sup> Ein wichtiger Gesprächspartner des Kanzlers war der US-Botschafter in Bonn, Arthur Burns. Es gebe, so sagte ihm Schmidt 1981, „a growing suspicion in this country, and in other European countries, helped along by certain voices from Washington, that the USA are not really interested in arms control negotiations“.<sup>39</sup> Schmidt verlangte von der US-Regierung, „to reduce the amount of unhelpful public voices from some quarters in Washington undermining the position of those people over here who are prepared to stand up and fight for the agreed policies and, if unavoidable, fall with them“.<sup>40</sup> Er sei verärgert über „belligerent and bellicose‘ speeches“ der US-Regierung.<sup>41</sup> In Moskau hingegen forderte er mantrahaft, dass die Sowjetunion die SS-20-Raketen abbauen solle.<sup>42</sup> Ihr müsse klar sein, so sagte Schmidt, dass das westliche Bündnis nicht akzeptieren könne, wenn es durch Atomraketen mittlerer Reichweite bedroht werde. Er bat Generalsekretär Leonid Breschnew, das Angebot der NATO ernstzunehmen und in Verhandlungen einzutreten.

Dass sich die amerikanisch-europäischen Allianzbeziehungen in einer schweren Krise befanden, stand für Schmidt fest. Amerikaner und Westeuropäer müssten sich über ihr Wertefundament und ihre Zielvorstellungen aufs Neue verständigen, forderte er.<sup>43</sup> Eine „Grand Strategy“ des Westens sei notwendig, wolle die Allianz die Herausforderungen be-

<sup>36</sup> Dazu US-Botschaft Bonn an State Department: Schmidt will sing worried song in Washington, 14. 5. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/20/81-6/30/81) (1).

<sup>37</sup> Exemplarisch mit dieser Geste: Schmidt: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 15. 1. 1980, undatiert, AdsD, 1/HSAA010712; Schmidt: Auf der Seite der Freiheit, in: *Bergedorfer Zeitung*, 9./10. 1. 1982.

<sup>38</sup> So Schmidt an Arthur Burns, 1. 6. 1983, AHS, Korrespondenz.

<sup>39</sup> [Vermerk über den Antrittsbesuch des neuen US-Botschafters Arthur F. Burns am 2. 6. 1981 bei Bundeskanzler Helmut Schmidt; englisch], 2. 6. 1981, S. 3, AdsD, 1/HSAA008960; Allen an Reagan: Ambassador Burns Meets With Chancellor Schmidt, 6. 7. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (7/1/81-8/31/81) (4).

<sup>40</sup> In Washington war die Regierung nach dem Gespräch zwischen Schmidt und Burns besorgt über die Kritik des Kanzlers: Haig an Reagan: Letter to FRG Chancellor Helmut Schmidt, 15. 7. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (7/1/81-8/31/81) (4).

<sup>41</sup> US-Botschaft Bonn an State Department: Schmidt on US-European relations and other political topics, 8. 12. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (9/1/81-12/31/81) (3).

<sup>42</sup> Dazu exemplarisch Schmidt an Breschnew, 4. 5. 1981, AAPD 1981, II, Dok. 126; Gespräche Schmidt mit Breschnew am 23. 11. 1981 in Bonn, AAPD 1981, III, Dok. 334, 336.

<sup>43</sup> Dazu Mitschrift der Rede Helmut Schmidts bei der CSIS-Tagung „Future of NATO and Global Security“ am 13. 1. 1984 in Brüssel, undatiert, AHS, Eigene Arbeiten; Former Government Leaders Call

stehen.<sup>44</sup> Wenn er von einer „Grand Strategy“ sprach, dann meinte er, dass die Außenpolitik Washingtons von ihren Inkonsistenzen bereinigt werden müsse. Er öffnete damit aber auch eine Tür, die in ein Terrain führte, auf dem er als Staatsmann an Statur gewinnen und die Konsistenz und Konsequenz seiner Position beweisen konnte. Denn die Schwäche der US-Regierung war seine persönliche Chance als Staatsmann, und die außenpolitische Bühne der Ort, wo er seinen Herrschaftsanspruch generieren und repräsentieren konnte. Meisterhaft nutzte er Staatsbesuche, Gipfeltreffen und andere Auftritte im Gastland, um sich als Politiker von Weltrang zu zeigen.<sup>45</sup> Einerseits berichtete er davon, wie miserabel die US-Regierung die Allianz führte, andererseits setzte er sich selbst als derjenige in Szene, der informiert war, abgewogen argumentierte und umsichtig handelte. Damit versuchte er auf die Krise des Regierens zu antworten, die er mit vielen seiner Zeitgenossen als das allumfassende Problem der siebziger und achtziger Jahre wahrnahm.<sup>46</sup>

Schmidt konnte sich nur dann als führungsstarker Staatsmann geben, wenn die Vertreter anderer Länder mitspielten – und wenn sein heimisches Publikum ihm abnahm, was er aufführte. Während es für Schmidt eine erhebliche Bürde war, was sich in der SPD ereignete, war die internationale Bühne für ihn eine Möglichkeit, sein Prestige zu konsolidieren. Er wollte Kritik zum Verstummen bringen, indem er sich als Politiker von Format präsentierte.<sup>47</sup> Das lässt sich anhand von Schmidts Zusammenkunft mit Carter, dem britischen Premierminister James Callaghan und dem französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d’Estaing kurz nach dem Jahreswechsel 1978/79 auf der französischen Karibikinsel Guadeloupe illustrieren, wo die Vorentscheidung für den Doppelbeschluss fiel.<sup>48</sup> Schmidt beschreibt dieses Treffen in seinen 1987 erschienenen Memoiren: „Wir trafen uns am Strand von Guadeloupe unter einem Sonnendach aus Palmwedel. Strahlende Sonne und ein milder Meereswind sorgten für gute Stimmung.“<sup>49</sup> Schmidt erzählte anschaulich, und er regte die Phantasie von Zeitgenossen und Historikern an.<sup>50</sup> Seine Geschichte war so simpel wie eingängig: Kurz nach Neujahr trafen sich fernab der Hauptstädte an einem einsamen, idyllischen Strand vier Staatsmänner zu einem Gespräch, dessen Folgen den Ost-West-Konflikt dominieren und gesellschaftlichen Protest motivieren sollten. Auch wenn Schmidt seine Version der Geschichte erst Jahre später erzählte, deckte sie sich doch da-

---

For Management of East-West Conflict [Aspen Institute for Humanistic Studies Press Release], 26. 11. 1984, YUL, Vance Papers, s III, b 17, f 43.

<sup>44</sup> Helmut Schmidt: Der Westen ist nicht schwach. Aber es fehlt ihm eine Gesamtstrategie für Sicherheit und Entspannung, in: *Die Zeit*, 6. 5. 1983.

<sup>45</sup> Simone Derix hat überzeugend herausgearbeitet, dass sich die „Aussagekraft von Staatsbesuchen [...] nicht in der Darstellung nach außen“ erschöpft, denn: „Staatsbesuche wirken auch nach innen.“ Derix: Politik, S. 11.

<sup>46</sup> Vgl. Böhm: Sicherheit, S. 215.

<sup>47</sup> Vgl. auch mit Perspektive auf die G7-Gipfel als Orte der Inszenierung ebenda, S. 216–270.

<sup>48</sup> Dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, 3 und 5; Stu Eizenstat an Carter: Guadeloupe Summit, 4. 1. 1979, JCL, President’s Files: Staff Secretary’s File [Handwriting File], b 114, f 1/10/79 [1]; Vance an Carter: Guadeloupe Summit Meeting, January 5–6, 1979, 20. 12. 1978, JCL, Brzezinski Material: Brzezinski Office File, CREST, NLC-15-119-6-9-9; Spohr: Guadeloupe; Wiegrefe: Zerwürfnis, S. 262–264.

<sup>49</sup> Schmidt: Menschen, S. 231.

<sup>50</sup> „Die Hütte im Cabana-Stil war mit Stroh bedeckt. Zwei Seiten waren durch ein Palmengeflecht geschützt. Die beiden offenen Seiten ließen den Blick auf den Sandstrand und auf einen üppigen tropischen Garten mit Palmen, purpurnen Bougainevillea und auf rote und orangefarbene Hibiskus schweifen. In der Mitte stand ein runder Gartentisch mit vier einfachen hölzernen Campingsesseln. [...] Die vier Gesprächspartner erörterten im Freizeitlook, in kurzen Hemden ohne Krawatte das neue strategische Gleichgewicht in der Welt“. Brauch: Raketen, S. 9.

mit, wie die Zeitgenossen das Gipfeltreffen 1979 wahrnahmen.<sup>51</sup> Das in Guadeloupe aufgeführte „Staatstheater“ situierte den komplexen politischen Aushandlungsprozess in einer Urlaubsidylle und verlieh ihm etwas Leichtes, Unbekümmertes. Gleichzeitig brachte es zur Vorstellung, dass Politik von großen, weißen und weisen Männern gemacht würde. Die Chiffre, zu der „Guadeloupe“ sich entwickelte, stand aber vor allem für die Aufnahme der Bundesrepublik in den Kreis der Weltmächte.<sup>52</sup> Wenn Schmidt als gleichberechtigter Partner der Sieger im Zweiten Weltkrieg auftrat und Zugehörigkeit durch physische Präsenz herstellte, demonstrierte er der Welt, dass die Bundesrepublik und ihr Kanzler bei nuklearpolitischen Fragen mitreden durften. Dass er am Strand von Guadeloupe anwesend war, ließ sein Ansehen in die Höhe schnellen.<sup>53</sup> Vielleicht erreichte seine Kanzlerschaft hier ihren Höhepunkt. Auf diesem Wege kam der Eindruck eines weltweit in hohem Ansehen stehenden und selbstbewusst agierenden deutschen Regierungschefs auf.

Die Adressaten der Botschaft verstanden wohl, was Schmidt ihnen sagen wollte, denn Journalisten schrieben die Geschichten auf und Fotografen bebilderten sie, um sie den Zeitungslesern, Radiohörern und Fernsehzuschauern zu überbringen.<sup>54</sup> Die Massenmedien spielten als Agenturen der öffentlichen Aufmerksamkeit eine entscheidende Rolle, und Politik war, wie Thomas Macho es sagt, eine „Ordnung der Sichtbarkeitsverhältnisse“.<sup>55</sup> Auch als Schmidt im Sommer 1980 in Venedig während eines Treffens der G7-Staats- und Regierungschefs mit Carter zusammentraf, gab er der Öffentlichkeit wichtige Hinweise, welches Bild sie sich von ihm machen sollte. Denn das ohnehin belastete persönliche Verhältnis zu Carter kulminierte in einem massiven Streit, weil Schmidt zuvor über ein Raketenmoratorium nachgedacht hatte.<sup>56</sup> Dieser Wortwechsel erzeugte und verfestigte in der Öffentlichkeit das Bild eines Kanzlers, der auch die verbale Konfrontation mit dem angeblich mächtigsten Mann der Welt nicht scheute – und erfolgreich bestand.

Schmidt zeigte seiner Partei und der Öffentlichkeit, wie nahe er den großen Figuren der Weltpolitik war, indem er sie nach Hamburg holte. Das Gespräch mit Staatsmännern und -frauen in seinem kleinbürgerlichen Haus im nördlichen Stadtteil Langenhorn entwickelte sich während seiner Kanzlerschaft zu einem beliebten Herrschaftsinstrument, mit dem er seine Macht darstellte.<sup>57</sup> Selbstverständlich existierte diese Aufführungs- und Herstellungspraxis nicht voraussetzungslos, war sie nicht ohne historische Vorbilder. Zunächst stand sie in der Tradition von „Pomp und Politik“, die die Monarchenbegegnungen seit dem Ancien Régime begründet hatten.<sup>58</sup> Man muss sie aber auch mit jener „Kultur der Präsenz“ zusammendenken, die Barbara Stollberg-Rilinger für das Alte Reich

<sup>51</sup> Siehe Kurt Becker: Die Vier im Dickicht, in: *Die Zeit*, 12. 1. 1979.

<sup>52</sup> Vgl. Spohr: Guadeloupe, S. 174.

<sup>53</sup> Vgl. Wiegrefe: Zerwürfnis, S. 262.

<sup>54</sup> Siehe den Bericht von Schmidts Pressekonferenz nach seiner Rückkehr aus Guadeloupe: Gunter Hoffmann: Bonner Bühne: Altdeutsches Schnupfen, in: *Die Zeit*, 19. 1. 1979; zur Transformation von Politik im Fernsehzeitalter vgl. Derix: Politik, S. 354–358; interessant auch Birkner: Mann; Scheurle: Kanzler.

<sup>55</sup> Macho: Elite, S. 762.

<sup>56</sup> Dazu Schmidt: Menschen, S. 156–162; Carter: Faith, S. 537f. Summary of Conversations [between President Carter and Chancellor Schmidt in Venice], 21. 6. 1980, JCL, Plains File, b 1, f Germany, Federal Republic of, 9/77–11/80; die deutsche Gesprächsaufzeichnung in AAPD 1980, I, Dok. 182. Zur Vorgeschichte und zum Treffen in Venedig siehe auch Böhm: Sicherheit, S. 160–163, 225–227; Wiegrefe: Zerwürfnis, S. 355–361.

<sup>57</sup> Vgl. dazu grundsätzlich Derix: Politik, S. 341f.

<sup>58</sup> Paulmann: Pomp, S. 401–416.

analysiert hat.<sup>59</sup> Denn Schmidt bewohnte am Neubergerweg ein eher bescheidenes Haus. Langenhorn war in den achtziger Jahren ein unauffälliger Ortsteil der Hansestadt, dessen Gesicht kleinbürgerliche Reihenhäuser prägten. Schmidts Wohnhaus machte hier keine Ausnahme – allenfalls die massive Front aus vier Garagen und einer Polizeiwache direkt neben der Hofeinfahrt wies darauf hin, dass dort der Kanzler der Bundesrepublik residierte. Das Haus selbst betrat man nach einem niedrigen hölzernen Tor über einen schmalen, mit Büschen zugewachsenen Weg. Schmidts Zuhause war von außen so durchschnittlich wie bieder. Freilich ergab dies einen wirkungsvollen Kontrast zu dem, was sich hier ereignete. Denn in dieses Haus reisten nach dem seit der Frühen Neuzeit erprobten Muster der Monarchenbegegnung von weit her Staatsmänner wie Breschnew, Giscard, Mitterrand, Henry Kissinger oder Edward Gierek, um mit seinem Bewohner Gespräche zu führen und an der „Logik der Präsenzkultur“<sup>60</sup> teilzuhaben. Sie trafen sich mit Schmidt in dessen Wohnzimmer, das dem bildungsbürgerlichen Habitus des Kanzlers entsprach, oder in der eingebauten Kellerbar des Hauses.

Diese Gespräche zwischen Staatsführern und politischen Freunden hatten auch ihr Vorbild in traditionellen Männlichkeitsritualen – wie dem selbstbewussten Auftritt im vertraulichen Zweiergespräch oder den abendlichen Gelagen, bei denen Schmidt und seine Besucher ihre Trinkfestigkeit unter Beweis stellten. Die mitreisenden Ehefrauen jedenfalls spielten nur im Damenprogramm ihre Rolle. Das Presse- und Informationsamt der Regierung sorgte dafür, dass Bild- und Tonaufnahmen der Treffen an die Öffentlichkeit gelangten. Doch auch sonst war die Botschaft klar: Die Staats- und Regierungschefs aus Ost und West räumten durch ihre körperliche Anwesenheit in Langenhorn ein, für wie bedeutend sie den Kanzler hielten. Sie stifteten eine Ordnung, die Schmidts Kanzlerschaft aufrechterhielt. Schmidt selber zeigte sich als Durchschnittsbürger und als mächtiger Staatsmann zugleich. Selbst die in Orten wie Langenhorn seltenen Straßensperrungen und vorbeirauschenden Wagenkolonnen waren Insignien moderner Herrschaft. Während die Friedensbewegung den „Atomkrieg vor der Wohnungstür“<sup>61</sup> imaginierte,<sup>61</sup> holte der Kanzler die Weltgeschichte in sein Wohnhaus.

Damit die Botschaft wirkte, mussten die Treffen mit Staats- und Regierungschefs aber nicht zwangsläufig in Langenhorn stattfinden. Auch wenn Schmidt verreiste, nutzte er diese Gelegenheiten, um das Bild zu zeichnen, das er von sich in die Welt setzen wollte. Stets verfolgte er eine simple Strategie: Er präsentierte seine angebliche politische und intellektuelle Überlegenheit und versuchte so durchzusetzen, was er für richtig hielt. Erstens betonte der Kanzler seine Expertenschaft auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik, indem er durch ausschweifende und detailreiche Schilderungen seine Kenntnis illustrierte.<sup>62</sup> Wie die Friedensforscher beeindruckte Schmidt seine Gesprächspartner, indem er die technischen Details, Reichweiten und Stationierungsorte unterschiedlicher Waffengattungen rekapitulierte. Auch gestandene Militärs hatten Mühe, das sicherheitspolitische Wissen des Kanzlers zu überbieten. Hinzu kam Schmidts Fähigkeit, eloquent über die Gleichgewichtstheorie zu dozieren – was er in beinahe jedem außenpolitischen Gespräch tat, um seine Expertenschaft auf der Metaebene zu gründen.

<sup>59</sup> Stollberg-Rilinger: Symbolsprache, S. 299–305.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 301.

<sup>61</sup> Schregel: Atomkrieg.

<sup>62</sup> Siehe die Gespräche Schmidts mit dem US-Verteidigungsminister Weinberger in AAPD 1981, II, Dok. 148; AAPD 1982, I, Dok. 5; auch Jürgen Brandt: Gespräch BK mit SecDef Brown am 5. 3. 1980, 10. 3. 1980, AdsD, 1/EBAA000832.



Er richtete seinen Blick zweitens aber auch auf die Geschichte, wenn er erläuterte, welchen Anteil er an der Genese des Doppelbeschlusses hatte. Er erinnerte an Gespräche mit US-Präsident Gerald Ford, seine Rede vor dem International Institute for Strategic Studies in London, das Treffen auf Guadeloupe und die Verhandlungen in den Allianzgremien während der Präsidentschaft Carters.<sup>63</sup> Schmidt machte auf zwei Dinge aufmerksam. Erstens informierte er über das Zustandekommen des Beschlusses und unterstrich so, dass die Allianzentscheidung neben dem Modernisierungsteil auch aus einer Verhandlungskomponente bestand. Dadurch malte er aus, wie inkonsistent die US-Regierung seiner Meinung nach handle. Zweitens betonte er seine eigene Zeitgenossenschaft, aus der er eine spezifische Berechtigung ableitete, über den Beschluss und seine Ausführung durch Washington zu urteilen. In einem Interview, das Schmidt gemeinsam mit Ford, Giscard, Callaghan und dem australischen Premierminister Malcolm Fraser nach dem Ende seiner Kanzlerschaft dem amerikanischen Kabelsender ABC gab, betonte er, dass er mit vier Präsidenten der USA zusammengearbeitet habe. Durch seine historische Erfahrung könne er mit Recht sagen, dass Carter und Reagan die „basic lines of American strategy“ umgekehrt hätten.<sup>64</sup> Er, Schmidt, wisse dagegen, was zu tun sei, um die gegenwärtige Krise zu überwinden.

Schmidt ließ andere merken, dass er sich für intellektuell überlegen hielt, wenn er Kostproben seines Wissens und seiner Zeitgenossenschaft gab. Auch wenn er über seine persönlichen Kontakte zu Generalsekretär Breschnew berichtete, demonstrierte der Kanzler, dass er sich zutraute, die besseren Entscheidungen zu treffen. Gegenüber Reagan wusste er 1981 über Breschnew zu sagen, dass dieser „cruel, abrupt, a great host, and emotional“ sei.<sup>65</sup> Breschnew habe neben ihm geweint, als die Militärkapelle bei seiner Ankunft in Moskau die deutsche Nationalhymne spielte. Vizepräsident George Bush berichtete er 1983, er habe Breschnew in den letzten acht Jahren sechs Mal getroffen und mit ihm über 60 Stunden gesprochen. Er kenne Breschnew, und Breschnew kenne ihn. Man wisse, „was man voneinander zu halten habe“.<sup>66</sup> So signalisierte Schmidt dem Vizepräsidenten,

---

<sup>63</sup> Gegenüber Reagan sagte er im Mai 1981 ausweislich des US-amerikanischen Protokolls: „He then went into a detailed description of how he had been ‚rebuked by your predecessors,‘ noting that shortly after the Vladivostok Conference, he demanded that no SALT agreement which would leave out Europe and the Mediterranean or which would leave out SS-20s be achieved. He said, ‚No one would listen, and now we have this result.‘ He then said he had made a speech in October 1977, ‚going public,‘ which the United States government criticized. He indicated that by 1978 the administration decided to do something, and this led to the January 1979 meeting in Guadeloupe. At that point, he said President Carter had decided to do something about the SS-20s in Europe. He noted that Callaghan at that point was demanding that we negotiate with the Russians first and then do something, but that Giscard and Schmidt remained firm.“ Summary of the President’s Meeting with Chancellor Helmut Schmidt of the Federal Republic of Germany [May 21, 1981], undatiert, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/20/81-6/30/81) (4); das deutsche Protokoll in AAPD 1981, II, Dok. 146, hier S. 812, Dok. 151; auch AAPD 1980, I, Dok. 182, hier S. 950; AAPD 1982, I, Dok. 3, hier S. 15.

<sup>64</sup> [Ms. Abschrift eines Interviews von „ABC News – This Week With David Brinkley“ mit Helmut Schmidt am 28. 8. 1983], undatiert, S. 7, AHS, ZdA. Sehr deutlich wird dies auch im Gespräch zwischen Schmidt und Reagan am 5. 1. 1982, AAPD 1982, I, Dok. 4.

<sup>65</sup> Summary of the President’s Meeting with Chancellor Helmut Schmidt of the Federal Republic of Germany [May 21, 1981], undatiert, S. 4 (s. Anm. 63).

<sup>66</sup> Helmut Schmidt: Vermerk Gespräch mit Vicepräsident George Bush (und zwei Mitarbeitern) sowie Peter Corterier. Washington, Donnerstag, 7. 12. 1983, Gesprächsdauer 1 1/4 Stunde, undatiert, AdSD, 1/HJVA104523.

dass er Breschnew besser einschätzen konnte als Washington.<sup>67</sup> Seine Überlegenheitsgeste, in der wiederum ein traditionelles Bild von Männlichkeit zum Ausdruck kam, tritt umso deutlicher zutage, wenn man sie mit den kommunikativen Formen seiner Gesprächspartner abgleicht, die dem Kanzler meist wortlos zuhörten und keine eigenen Erfahrungsberichte beisteuerten.<sup>68</sup> Überhaupt erweckte Schmidt in diesen Gesprächen den Eindruck, dass er seinen Partnern an Wissen und Reflexion überlegen sei.<sup>69</sup> So belehrte er den Präsidenten auf dessen Frage nach der Größe des sowjetischen Verteidigungshaushaltes hin, Moskau veröffentliche solche Zahlen nicht. Als Reagan eine historische Anekdote über Mao Zedong wiedergab, die ihm Bush erzählt hatte, berichtete Schmidt ausführlich von seinen eigenen Erfahrungen mit Mao.<sup>70</sup> In einem Satz: Schmidt war ein Meister darin, seine eigene Bedeutsamkeit aufzuführen.

Welche Wirkung erzielte er aber bei denen, die er mit seinen Darbietungen erreichen wollte? Die „Logik des Präsenzkultur“ war eine Logik des Ansehens. Bei seinen Kollegen auf dem internationalen Parkett war Schmidt in der Tat sehr angesehen. Der „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein berichtete 1977 von einer Amerikareise, Kissinger habe ihm gesagt, er halte den deutschen Kanzler „für den fähigsten Staatsmann der Welt, so wörtlich“.<sup>71</sup> George Shultz, der 1982 US-Außenminister werden sollte, gratulierte Schmidt 1980 überschwänglich zu seinem Sieg bei der Bundestagswahl, den er als „[t]ribute to your brilliance, your integrity, your boldness and commonsense“ wertete.<sup>72</sup> Botschafter Burns hielt Schmidt für die wichtigste und einflussreichste Führungspersönlichkeit der westlichen Welt.<sup>73</sup> Der ehemalige US-Senator und Initiator des gleichnamigen Austauschprogramms J. William Fulbright versicherte dem Kanzler, es gebe neben ihm keinen lebenden Politiker, für den er größeren Respekt habe.<sup>74</sup> Diese Äußerungen im privaten oder öffentlichen Raum – die über das in Schmidts Männerfreundschaften übliche *Understatement* hinausgingen – dürften ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Sie waren Früchte seiner Strategie, sich zu einem Politiker von Weltrang zu stilisieren, und trieben diese weiter voran.

Auch in der SPD konnte Schmidt hoffen, damit erfolgreich zu sein. Denn Fernsehnachrichten und Zeitungsberichte spiegelten in die westdeutsche Gesellschaft zurück, wie der

<sup>67</sup> Auch gegenüber Thatcher: Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 18. 11. 1981 von 9.10 Uhr bis 10.15 Uhr, 19. 11. 1981, AdSD, 1/HsAA008968.

<sup>68</sup> Den verfügbaren Protokollen nach zu schließen war es meistens Schmidt, der sprach, exemplarisch: Helmut Schmidt: Vermerk Gespräch mit Vicepräsident George Bush (und zwei Mitarbeitern) sowie Peter Corterier.

<sup>69</sup> Exemplarisch: Memorandum of Telephone Conversation; Participants: President Ronald Reagan [and] Chancellor Helmut Schmidt of the Federal Republic of Germany (Calling from Bonn) [30. 3. 1981], RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (7/1/81-8/31/81) (4); auch in AAPD 1981, I, Dok. 89; dazu die Ausführungen Schmidts über die Geschichte des deutsch-russischen Verhältnisses seit dem Mittelalter im Gespräch mit Reagan am 9. 6. 1982 in Bonn: AAPD 1982, I, Dok. 177, insb. S. 927.

<sup>70</sup> Summary of the President's Luncheon Meeting with Chancellor Helmut Schmidt of the Federal Republic of Germany [January 5, 1982], 8. 1. 1982, S. 2, RRL, Douglas McMinin Files, b 13, f France-Germany (3); die deutsche Gesprächsaufzeichnung in AAPD 1982, I, Dok. 3, 4.

<sup>71</sup> Augstein an Schmidt, 19. 1. 1977, und die Antwort vom 10. 2. 1977, AHS, Korrespondenz. Mit Kissinger verband Schmidt eine langjährige politische und persönliche Freundschaft, siehe dazu die umfangreiche Korrespondenz in AHS.

<sup>72</sup> Shultz an Schmidt [Oktober 1980], AHS, Korrespondenz.

<sup>73</sup> Burns an Schmidt, 14. 10. 1983, AHS, Korrespondenz.

<sup>74</sup> Fulbright an Schmidt, 11. 4. 1980, AHS, Korrespondenz.

Kanzler auf der internationalen Bühne agierte. Während Schmidt berichtete, wie unbeständig die US-Regierung handle, stellte er sich vor dem bundesdeutschen und insbesondere dem sozialdemokratischen Publikum als Staatsmann dar, der mit seinem Ansehen dafür garantierte, dass beide Teile des Allianzbeschlusses umgesetzt würden.<sup>75</sup> So versuchte er, das verbreitete Unbehagen in der SPD gegenüber der US-Regierung in Hoffnungen umzuleiten, er könne seine Dolmetscherrolle zum Gewinn aller ausfüllen.<sup>76</sup> Lange ging diese Strategie auf, denn welcher kleine SPD-Ortsverein sollte schon einen so angesehenen Weltstaatsmann wie Schmidt stürzen wollen? Eine Reihe von Gliederungen der SPD schwächte ihre Kritik an der Nachrüstung tatsächlich ab, um die Vermittlungsversuche des Kanzlers nicht zu torpedieren.<sup>77</sup> Die Solidaritätserklärungen von der Basis waren zahlreich und füllten einen ganzen Ordner im Privatarchiv Schmidts.<sup>78</sup> Gerade nach Auslandsreisen schnellten die unterstützenden Briefe in die Höhe.<sup>79</sup> Sie rissen auch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft 1982 nicht ab.<sup>80</sup> Schmidt tat alles dafür, um seiner Partei im Bewusstsein zu halten, wie wichtig er war, um ein Wiederaufflammen von Konflikten zu verhindern. Als die Sowjetunion im Sommer 1980 endlich in Verhandlungen über die Atomraketen einwilligte, schrieb er sich diese Entwicklung als persönlichen Erfolg auf die Fahnen.<sup>81</sup> Der Bundesregierung sei ein maßgeblicher Beitrag gelungen, „daß [der] Weg zu Verhandlungen endlich offen ist“.<sup>82</sup> Seine „direkte Einwirkung“ habe den Beginn der Rüstungskontrolle ermöglicht. Weil das SPD-Präsidium dem Kanzler dankte, dass er die Verständigung zwischen Ost und West wieder in Gang gebracht habe, konnte Schmidt als Bestätigung verbuchen, dass er seine Macht erfolgreich konsolidierte.<sup>83</sup> Schmidt inszenierte sich mithilfe der Medien lange Zeit erfolgreich als Vermittler zwischen den Supermächten und disziplinierte so seine innerparteilichen Kritiker.

<sup>75</sup> So Schmidt: Abschrift der Äußerungen vor der SPD-Fraktion am 26. 6. 1981, 1. 7. 1981, S. 3, AdsD, 1/HSAA006562.

<sup>76</sup> Vgl. Schmidt: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 12. 1. 1982 zu Gesprächen in Washington, 11. 1. 1982, AdsD, 1/HSAA010727.

<sup>77</sup> Vgl. exemplarisch AfA-Bezirksverband Weser-Ems an Schmidt: Arbeitnehmer für Helmut Schmidt. Sicherheit für die 80er Jahre, 30. 6. 1981, AdsD, 1/HSAA009394; mit der Bitte um Unterstützung für seine Vermittlungsversuche auch Schmidt: [Transkripte der Reden beim SPD-Bezirk Westliches Westfalen am 16. 5. 1981 in Recklinghausen, beim Landesparteitag der bayerischen SPD am 17. 5. 1981 in Wolfratshausen sowie bei der Parteiratssitzung am 19. 5. 1981 in Bonn], 22. 5. 1981, AHS, Eigene Arbeiten.

<sup>78</sup> AHS, Ordner „Sicherheitspolitik/NATO-Doppelbeschluss, Korr 1983“.

<sup>79</sup> Vgl. exemplarisch Karl-Arnold E. an Schmidt, 14. 11. 1983, AHS, Korrespondenz.

<sup>80</sup> Vgl. Erwin Laube an Schmidt, 5. 12. 1983, AHS, Korrespondenz.

<sup>81</sup> Moskau-Reise: Verhandlungen auf dem festen Boden der Gemeinsamkeiten, in: *Sozialdemokrat Magazin*, 7/1980, S. 6–8; Moskau-Reise: Stagnation in Ost/West-Beziehungen überwunden, in: *Intern. Informationsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, 9. 7. 1980, Nr. 13. Zu den Gesprächen in Moskau siehe die Protokolle der deutschen Seite: AAPD 1980, I, Dok. 192, II, Dok. 193–195; sowie Warren Christopher an Carter, 3. 7. 1980, JCL, Brzezinski Material: Subject File, CREST, NLC-7-23-5-1-3. In der US-Regierung hatte es im Vorfeld erhebliche Bedenken gegenüber dieser Reise und der Vermittlungstätigkeit Schmidts gegeben, siehe Carter an Warren: [Hs. Notiz zur Moskau-Reise von Schmidt], 26. 4. 1980, JCL, Plains File, b 1, f Germany, Federal Republic of, 9/77-11/80.

<sup>82</sup> Schmidt: Sprechzettel für die Fraktionssitzung am 6. 10. 1981 zum Treffen Haig/Gromyko, 1. 10. 1981, S. 2, AdsD, 1/HSAA010724; dazu Schmidt vor der amerikanischen Presse [Ms. Abschrift eines Interviews von „ABC News: Issues and Answers“ mit Helmut Schmidt am 16. 11. 1980], 17. 11. 1980, AHS, Korrespondenz.

<sup>83</sup> Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 11. 1. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, 181.

Ab einem gewissen Punkt kippte die Stimmung jedoch. Den internationalen Gesprächspartnern des Kanzlers blieb nicht verborgen, dass seine regen Aktivitäten auch dazu dienen, innerparteiliche Abweichler zu beruhigen. Die Bonner US-Botschaft kabelte 1981 nach Washington, Schmidt reise in die USA, um seine Position in der Bundesrepublik zu festigen.<sup>84</sup> Er erwarte die Anerkennung seiner „unique role and position in Europe“.<sup>85</sup> Ein anderer Bericht lobte, wie Schmidt sich innenpolitisches Kapital erwirtschaftete: „Casting himself in the role of ‚interpreter‘ between the superpowers, he has won credit“.<sup>86</sup> Im Allgemeinen reagierten die Amerikaner aber überhaupt nicht begeistert, wenn Schmidt sich als Vermittler gab. Schon die Carter-Regierung bewertete sein Drängen, endlich mit Verhandlungen zu beginnen, als störend.<sup>87</sup> Der Kanzler sei „an aggressive and authoritative leader both at home and abroad“, hieß es 1977 in einer Aufzeichnung für Carter.<sup>88</sup> Er repräsentierte für die US-Regierung einen „West German nationalism“, der sich „in frustration and occasional churlishness at the inefficiency and faults of other Western partners“ äußere.<sup>89</sup> Reagan und seine Berater waren schließlich erst recht nicht erfreut, dass Schmidt auf sie einwirken wollte. „Dealing with Schmidt is difficult and frustrating“, fasste Außenminister Haig die verbreitete Einschätzung 1982 zusammen.<sup>90</sup> Beinahe erleichtert klang ein 1981 nach Washington telegrafierter Gesprächsbericht von Botschafter Burns, in dem dieser festhielt, Schmidt sei beim letzten Treffen besserer Dinge und in einer ruhigeren Stimmung („in a better mood and much calmer“) als üblich gewesen.<sup>91</sup>

Gleichzeitig war sich Washington unsicher, wie es mit dem Drängen der Deutschen auf Rüstungskontrolle umgehen sollte, geriet der Kanzler doch in seiner eigenen Partei erkennbar in die Defensive. Ein *Briefing Paper* des State Departments von Dezember 1981 beschrieb die Situation in der Bundesrepublik:

„Schmidt’s Social Democratic Party (SPD) is under considerable and growing strain, a result of personal and policy divisions within the party and among the leadership (Schmidt vs. Brandt), a worsening economic situation, and tensions caused by the current debate over INF deployment in Europe. [...] The survival of the SPD-FDP coalition depends upon the continuation of a pragmatic alliance between FDP leader (and Foreign Minister) Genscher and the more moderate wing of the SPD headed by Schmidt, against the SPD’s left wing which is largely beyond Schmidt’s control.“<sup>92</sup>

<sup>84</sup> US-Botschaft Bonn an State Department: Schmidt will sing worried song in Washington, 14. 5. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/20/81–6/30/81) (1).

<sup>85</sup> Haig an Reagan: Visit of Helmut Schmidt, Chancellor of the Federal Republic of Germany, January 5, 1982, undatiert, RRL, Douglas McMinn Files, b 13, f France-Germany (2).

<sup>86</sup> US-Botschaft Bonn an State Department: Schmidt January 5 Visit to Washington: General Objectives and Observations, 9. 12. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (9/1/81–12/31/81) (1).

<sup>87</sup> So Special Coordination Committee Meeting; Subject: SALT and Afghanistan, 6. 6. 1980, JCL, Zbigniew Brzezinski Collection, b 33, f Meetings-SCC 319: 6/6/80.

<sup>88</sup> [Biographische Information zu Helmut Schmidt], 28. 6. 1977, JCL, White House Central File, Subject File, b CO-27, f CO 54-2 Executive 8/1/77–12/31/77.

<sup>89</sup> Phil Kaplan an Lake: Your Meeting with Karl Kaiser, 9. 3. 1977, S. 3, NA, Lake Papers, b 11.

<sup>90</sup> Haig an Reagan: Visit of Helmut Schmidt, Chancellor of the Federal Republic of Germany, January 5, 1982, undatiert, RRL, Douglas McMinn Files, b 13, f France-Germany (2).

<sup>91</sup> US-Botschaft Bonn an State Department: Chancellor Schmidt briefs Ambassador Nov. 15 on the Brezhnev visit, 16. 11. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (9/1/81–12/31/81) (4).

<sup>92</sup> Department of State Briefing Paper [Visit of Chancellor Schmidt, January 5, 1982], 24. 12. 1981, RRL, Douglas McMinn Files, b 13, f France-Germany (2); Haig an Reagan: Your Meeting with Chancellor Schmidt, 4. 1. 1982, RRL, Douglas McMinn Files, b 13, f France-Germany (2).

Andere Vermerke sahen Schmidts Position unter dem Druck aus der SPD und seiner „increasing health problems“ schwinden, „which culminated in his October pacemaker installation“.<sup>93</sup> Dennoch sei Schmidts politisches Ansehen immer noch sehr hoch; genau genommen sei es in der Bevölkerung höher als in der SPD, die „in a spate of vitriolic internal dissension“ auseinanderfalle<sup>94</sup> und den Eindruck erwecke, „at war with itself“ zu sein.<sup>95</sup> Für manchen Kritiker Schmidts in der Washingtoner Regierung waren Schmidts Probleme ein willkommener Anlass, um den Kanzler auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen. In handschriftlichen Notizen vermerkte der Nationale Sicherheitsberater Richard Allen 1981, dass es die US-Regierung nicht zu interessieren brauche, wenn Schmidt als Kanzler abgelöst wurde („who cares?“).<sup>96</sup> Allen bemerkte, es sei der falsche Weg, die Vertrauenslücke zwischen den USA und Westeuropa zu schließen „by bowing before left wing of every Socialist Party in Europe“. Auch wenn die Regierung gespalten blieb, wenn es um die Frage ging, wie sie mit dem Doppelbeschluss und den innenpolitischen Nöten von Schmidt umgehen sollte, setzten sich schließlich mit Allen diejenigen durch, die der Bundesregierung innenpolitische Schwierigkeiten nicht länger ersparen wollten. Am Horizont zeichneten sich das Ende der sozial-liberalen Koalition und eine neue Regierung unter Führung von Helmut Kohl ab.<sup>97</sup> Die amerikanische „Politik der Stärke“ begünstigte in der Bundesrepublik den Siegeszug der konservativen Parteien, das Erstarken der außerparlamentarischen Friedensbewegung und den Niedergang der Sozialdemokratie.

Schmidt stieß bald an Grenzen, wenn er versuchte, seine Macht zu festigen, indem er sich als Weltstaatsmann gab. Er erzählte von der Krise der US-Politik und handelte wie jemand, der sich für überlegen hielt. Doch die Dinge änderten sich. Die SPD-Basis verlor das Vertrauen in seine Vermittlerrolle, und die Reagan-Regierung bemerkte, wie seine Macht in der Bundesrepublik schwand.<sup>98</sup> Als die sozial-liberale Koalition im September 1982 auseinanderbrach, war es für den Autor eines Vermerks an Reagan bemerkenswert, dass „the Schmidt government fell over domestic economic issues, rather than over the issue of relations with the United States, or INF“.<sup>99</sup> Nun fanden Sozialdemokraten in Washington kaum noch Gesprächspartner vor, die sie ernst nahmen, wenn sie von Rüstungskontrolle sprachen. Schmidt selbst musste diese Erfahrung machen, als er im Frühjahr 1983 Washington besuchte. Denn weder Reagan noch seine Berater empfingen ihn.<sup>100</sup> Was das

<sup>93</sup> Haig an Reagan: Visit of Helmut Schmidt, Chancellor of the Federal Republic of Germany, January 5, 1982, undatiert, RRL, Douglas McMinn Files, b 13, f France-Germany (2).

<sup>94</sup> US-Botschaft Bonn an State Department: Genscher visit: FRG internal situation, 27. 2. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/20/81-6/30/81) (2).

<sup>95</sup> James W. Nance an Reagan: Your Talks with FRG Chancellor Schmidt (Tuesday, January 5 – 11:00 a.m.) (U) [Januar 1982], RRL, Douglas McMinn Files, b 13, f France-Germany (2).

<sup>96</sup> Allen an Reagan: Secretary Haig and the Atlantic Alliance [mit hs. Notizen], 30. 4. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: NSC Meeting Files, b 91282, f NSC 00008 30 Apr 81 (3).

<sup>97</sup> Vgl. dazu in größerer Perspektive Wirsching: Beziehungen; Fröhlich: USA-Politik.

<sup>98</sup> Siehe dazu auch: Ein guter Dolmetscher für die USA, aber ein schlechter Kanzler für die Bundesrepublik. Pressemitteilung, 26. 11. 1981, AGG, Bestand A – Klaus Timpe, 10; Erich J. Karl: Im Brandtschen Zwielficht. NATO-Doppelbeschluss soll gekippt werden, in: *Bayernkurier*, 2. 4. 1983.

<sup>99</sup> William P. Clark an Reagan: Developments in the Federal Republic of Germany [September 1982], RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/1/82-9/30/82) (5); dazu auch AL[exander Haig]: Report to the President, undatiert, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/1/82-9/30/82) (11); siehe auch das Gespräch, das Schmidt mit Burns führte: AAPD 1982, II, Dok. 245.

<sup>100</sup> Ein Vermerk aus dem Frühjahr 1984 fasste die Gründe für die Absage zusammen: Peter R. Sommer an Robert M. Kimmitt: Possible Appointment for Helmut Schmidt with the President, 23. 3. 1984,

Weißes Haus dem Altkanzler nicht ins Gesicht sagen konnte, das vermittelte sie ihm indirekt: Sie ließ ihn vor der Tür stehen. In den Augen der US-Regierung gehörte Schmidt nicht mehr zu den entscheidenden westlichen Führungspersonen.<sup>101</sup> So gelangte an ein Ende, was für Schmidt verheißungsvoll begonnen hatte. Nachdem es ihm lange gelungen war, seine Macht diskursiv und performativ zu festigen, funktionierte das ab jenem Moment nicht mehr, als sich die internationale Bühne gegenüber seinem Rüstungskontrollpolitischen Anliegen verschloss und die Kritik in seiner Partei ein Ausmaß erreichte, das sich nicht länger eindämmen ließ. Diesen Wendepunkt kann man auf den Herbst 1982 terminieren, als Schmidts Kanzlerschaft endete und er kein Funktionsträger mehr war. Nun konnte er sich nicht mehr daran aufrichten, dass er überall in der Welt Zuhörer und Zuschauer für seine Geschichte fand, während gleichzeitig seine politische Basis in der Bundesrepublik auseinanderbrach. Sowie Schmidt das Kanzleramt verlassen musste, entzauberte er sich vor den Augen seines Publikums als Weltstaatsmann. Die SPD sollte eine ganz ähnliche Erfahrung machen.

## 2. Emissäre der SPD reisen in die USA ...

Was die Rüstungsgegnerinnen und -gegner in der SPD sahen, wenn sie nach Amerika blickten, gefiel ihnen nicht. Sie sahen ein Land mit einer Regierung, die so gar nicht an der Überwindung des Kalten Krieges interessiert zu sein schien. Gleichwohl war ihnen klar, dass die USA der wichtigste Verbündete der Bundesrepublik waren, zu dem sie „ihr spezifisches Verhältnis finden“ mussten.<sup>102</sup> Und die SPD konnte es sich nicht leisten, wie der Internationale Sekretär des Parteivorstandes Hans-Eberhard Dingels 1981 schrieb, ein „diffuses Bild ihrer Einstellung gegenüber den USA“ zu bieten.<sup>103</sup> Machtvoll schob sich in den Vordergrund, was Deutsche und Amerikaner trennte, als der Nachrüstungsstreit offenbarte, wie unterschiedlich sie Probleme definierten und Lösungen suchten. Deshalb ging der SPD-Parteiparat in den achtziger Jahren daran, seine transatlantischen Verbindungen zu stärken. Er betätigte sich in dem, was Markus Heintzen „private Außenpolitik“ nennt.<sup>104</sup> Nun hatte es Beziehungen zwischen der SPD und den USA immer gegeben.<sup>105</sup> Besonders in jener Zeit, die Sozialdemokraten während des Nationalsozialismus im amerikanischen oder britischen Exil verbracht hatten und in der sie nach 1945 mit US-Einflüssen in Deutschland in Berührung gekommen waren, hatten sie die Werte und Normen ihres Gastlandes verinnerlicht.<sup>106</sup> Doch das Verhältnis war seitdem merklich abgekühlt.

---

RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (02/01/1984-04/02/1984); dazu auch Berthold K. Koester an Schmidt: Ihr Besuch in Arizona, 28. 7. 1983, AHS, Korrespondenz.

<sup>101</sup> 1984 kam es dann doch zu einem Gespräch zwischen Schmidt und Reagan, vgl. Schmidt: *Vermerk über die Reise in die USA vom 27. 3. bis 5. 4. 1984*, 31. 3. 1984, S. 22f., AdSD, 1/HWAK000719; *Talking Points for Meeting with Helmut Schmidt*, undatiert [März 1984], RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (02/01/1984-04/02/1984).

<sup>102</sup> *Jahrbuch der SPD 1979-81*, S. 287. – Die Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und US-amerikanischen Akteuren sind für die frühen achtziger Jahre noch gänzlich unerforscht.

<sup>103</sup> Dingels an Glotz: *SPD und USA*, 16. 9. 1981, S. 1f., AdSD, WBA, A11.4, 133; ergänzend Ehmke: *Mittendrin*, S. 347.

<sup>104</sup> Heintzen: *Außenpolitik*, S. 13–15, auf Parteien bezogen S. 55–62.

<sup>105</sup> Vgl. Kremp/Schneider: *Sternenbanner*.

<sup>106</sup> Vgl. Angster: *Konsenskapitalismus*, S. 467.

Wenn die SPD ab etwa 1980 anfang, den Gesprächsfaden mit US-amerikanischen Akteuren wieder zu intensivieren, dann war das vor allem ein Projekt jener Funktionäre in der Parteilite, die stationierungskritisch eingestellt waren. Die SPD-Basis suchte vereinzelt den Kontakt zu US-Oppositionsbewegungen, doch war es die Parteiführung, die über Ressourcen verfügte, um transatlantische Beziehungen zu pflegen. Freilich trat sie nicht nur deshalb in verstärkten Austausch mit US-Amerikanern, um die Regierung in Washington davon zu überzeugen, wie wichtig Rüstungskontrolle und Entspannungspolitik seien. Auch innerparteilich wollten die Sozialdemokraten „neue Formen der Behandlung des Themas USA“ finden, „damit die Probleme objektiviert werden und nicht Emotionen an die Stelle von Argumenten treten“.<sup>107</sup> Ein geeignetes Forum war ihnen der Gesprächs- und Arbeitskreis „USA“ der Bundestagsfraktion.<sup>108</sup> Die Partei hatte ihn 1976 ins Leben gerufen und den „Arbeitskreis Nordamerika“ beim Parteivorstand aufgelöst, der die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Die AG „USA“ sollte Informationen aus den USA in die Partei weitergeben und Reisen nach Nordamerika planen,<sup>109</sup> und sie sollte die amerikanische Diskussion mit Materialien aus der SPD beeinflussen.<sup>110</sup> Den Vorsitz übernahm der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke. Als Mitglieder gehörten ihr unter anderem die Abgeordneten Peter Corterier, Klaus von Dohnanyi, Alfons Pawelczyk, Heinz Rapp, Annemarie Renger, Ulrich Steger und Karsten Voigt an. Doch auch Vertreter des Parteivorstandes, der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung nahmen an den Sitzungen teil.<sup>111</sup>

Die SPD-Führung versuchte ihre transatlantischen Beziehungen auch deshalb anzukurbeln, weil die Christdemokratie ihr weit voraus war.<sup>112</sup> Mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) war die CDU seit Jahren erfolgreich in den USA präsent. Deshalb eröffnete auch die Friedrich-Ebert-Stiftung ab 1977 Büros in New York und Washington und entsandte Repräsentanten in die USA.<sup>113</sup> Der prominenteste unter ihnen war der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Dietrich Stobbe, der nach seiner Wahlniederlage gegen Richard von Weizsäcker 1981 nach New York ging.<sup>114</sup> 1985 begann die FES eine Kooperation mit Peter Schulze von der University of California in Berkeley.<sup>115</sup> Die Stiftungsbüros

<sup>107</sup> Dingels an die Mitglieder des Sechserkreises: Ergebnisprotokoll der Sitzung des Sechserkreises vom 1. 10. 1981, 11. 11. 1981, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10774.

<sup>108</sup> Dazu Ehmke: Schwerpunkte der Amerika-Arbeit der Arbeitsgruppe USA nach den Präsidentschaftswahlen in den USA, Oktober 1980, AdsD, 1/HEAA001042.

<sup>109</sup> Vgl. Übersicht über Vorhaben der Arbeitsgruppe USA im ersten Halbjahr 1979, undatiert, AdsD, Vorlass Voigt, 265.

<sup>110</sup> So Stobbe an Carl Levin, 14. 5. 1986, AdsD, Nachlass Stobbe, 193; zur Rezeption derartiger Papiere siehe Steve Steiner an Jack Matlock u. a.: Visit of Karsten Voigt, 12. 12. 1983, RRL, Tyrus Cobb Files, b 91096, f European Defense Issues [1 of 6].

<sup>111</sup> Vgl. Ehmke an die Mitglieder der Arbeitsgruppe USA: [Liste der AG-Mitglieder], 14. 11. 1979, AdsD, Vorlass Voigt, H 32.

<sup>112</sup> So Dingels an Wischnewski: Sitzung der Arbeitsgruppe USA heute Abend und TO 3 „USA-Parteiarbeit“, 8. 3. 1981, AdsD, WBA, A11. 13, 39.

<sup>113</sup> Zusammenfassend Siegfried Bangert: USA-Reise Alfred Nau und Siegfried Bangert vom 20. bis 29. 4. 1981; hier: Gespräch mit führenden Republikanern aus dem engsten persönlichen Freundeskreis von Präsident Reagan, 11. 5. 1981, AdsD, 1/HEAA000458.

<sup>114</sup> Nachdem er 1983 erfolgreich für den Bundestag kandidiert hatte, verließ er New York wieder, vgl. Stobbe an Cyrus Vance, 8. 3. 1983, und die Antwort vom 16. 3. 1983, YUL, Vance Papers, s V, b 55, f 99.

<sup>115</sup> Vgl. Stobbe an Horst Heidermann: Mein Aufenthalt in Kalifornien auf Einladung der FES vom 12. bis 19. 2. 1985, hier: Teilnahme an der Konferenz über „The Soviet Union in the Third World“ und Beiprogramm, 27. 2. 1985, AdsD, Nachlass Stobbe, 192.

arbeiteten jedoch nur mit mäßigem Erfolg.<sup>116</sup> In New York veranstaltete das Büro im Jahr 1980 insgesamt zehn Veranstaltungen mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 15 Personen.<sup>117</sup> Auch die sozialdemokratischen Gesprächskreise in New York und Washington, die die dort lebenden Parteimitglieder zusammenfassten, konnten daran kaum etwas ändern.<sup>118</sup> Die „Präsentation unserer spezifisch deutschen Interessen und Anliegen in der amerikanischen Öffentlichkeit“ sei „denkbar schwer“, räumte Stobbe ein.<sup>119</sup>

Die SPD-Parlamentarier im Bundestag wollten ein funktionierendes Netzwerk mit US-amerikanischen Akteuren etablieren.<sup>120</sup> Doch wie stellten sie sich das vor? In einem Brief an seine Fraktionskollegin Helga Timm fasste der SPD-Abgeordnete Ulrich Steger seine persönlichen Erfahrungen 1982 zusammen. Er habe sich

„eine Liste von mehr als 50 Namen (davon ca. 12 Parlamentskollegen, auch von republikanischer Seite) angelegt. Diese Personen, mit denen ich ein gemeinsames wirtschaftspolitisches Interesse teile und die trotz manchmal unterschiedlicher politischer Grundauffassung sympathische und interessante Diskussionspartner sind, versuche ich während eines jeden USA-Aufenthaltes zu erreichen (dabei mache ich von dem Angebot befreundeter Diplomaten und anderer Gebrauch, Einladungen zu Abendessen zu organisieren usw.). Fast allen – egal ob ich sie gesehen habe oder nicht – schreibe ich danach einen Brief und füge neuere Aufsätze von mir oder interessante Dokumente [...] bei. Dies ist zwar zugegebenermaßen ein ziemlicher Aufwand, führt aber dazu, daß ich nie Schwierigkeiten habe, auch Termine mit einflußreichen Leuten zu bekommen.“<sup>121</sup>

Die Emissäre der SPD – als „unofficial diplomats“<sup>122</sup> rekrutierten sie sich aus dem Bundestag, der Fraktion, den Länderregierungen, der Parteizentrale und der FES – trafen mit Regierungsvertretern und -mitarbeitern, mit Senatoren und Kongressabgeordneten, mit Journalisten, Wissenschaftlern und anderen Figuren des öffentlichen Lebens zusammen. Ihre Reisediplomatie hatte zwei Ziele: Erstens wollten sie ihre eigene Position erklären und auf diesem Weg eventuellen Missverständnissen vorbeugen oder Fehlinterpretationen korrigieren.<sup>123</sup> Deshalb drängten sie gegenüber den USA auf ernsthafte Rüstungskontrollpolitische Bemühungen gegenüber der Sowjetunion.<sup>124</sup> Sie demonstrierten auf diese Weise zweitens, dass sie fähig waren, die Beziehungen zwischen den Supermächten kenntnisreich mitzugestalten.<sup>125</sup> Sie versuchten, als Mitspieler im Konzert der Supermächte wahrgenommen zu werden. Damit wollten sie ihr innenpolitisches Ansehen steigern. Wer aus der SPD in die USA reiste, dem war daran gelegen, ein bestimmtes Bild von sich zu erzeugen. Er wollte sich performativ als Diplomat in Sachen Rüstungskontrolle ausweisen, der in Ost und West Ansehen genoss, und diese Reputation dafür in die Waagschale werfen, dass die SS-20-Raketen abgebaut und die westliche Nachrüstung verhindert werden konnten. Die Abgesandten der SPD inszenierten sich deshalb als Vermittler zwischen den Su-

<sup>116</sup> Siehe dazu die Jahresberichte der FES-Büros in den USA, AdsD, Nachlass Stobbe, 191.

<sup>117</sup> So Hans d’Orville an Dingels, 19. 2. 1981, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11230.

<sup>118</sup> So referierte Karsten Voigt bereits 1977 auf einer Veranstaltung dieses Gesprächskreises in New York mit etwa 30 Teilnehmern. Voigt: Bericht über die USA-Reise vom 31. 10. 1977 bis 5. 11. 1977, 28. 11. 1977, AdsD, Vorlass Voigt, 147. Der Washingtoner Gesprächskreis wurde erst 1985 ins Leben gerufen, siehe Stobbe an Rapp, 28. 1. 1985, AdsD, Nachlass Stobbe, 169.

<sup>119</sup> Stobbe an Glotz, 14. 10. 1981, AdsD, 2/PVEH000308.

<sup>120</sup> Zum Netzwerkbegriff vgl. Schulz: Netzwerke; Lemerrier: Analyse.

<sup>121</sup> Ulrich Steger an Helga Timm, 25. 6. 1982, S. 1–3, AdsD, Vorlass Voigt, H 2.

<sup>122</sup> Berman/Johnson: Diplomats.

<sup>123</sup> Siehe dazu exemplarisch Voigt: Hold Off on European Missiles, in: *The New York Times*, 9. 9. 1983.

<sup>124</sup> So Vogel an Reagan, 18. 2. 1983, S. 3, AdsD, WBA, A11.3, 52; auch Jahrbuch der SPD 1982–83, S. 240.

<sup>125</sup> Kritisch dazu Jürgen Offenbach: SPD konfus, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 28. 2. 1983.



permächten, die für Frieden und Ausgleich kämpften und demonstrierten, dass es für sie eine Alternative zum Kalten Krieg gab.

Die Parlamentarier und Parteifunktionäre unterbreiteten höchst detailliert ausgearbeitete Vorschläge, wie eine Einigung in Genf doch noch zustande kommen könnte. Der SPD-Vorsitzende Brandt reiste im Sommer 1981 nach Moskau zu einem Gespräch mit dem sowjetischen Generalsekretär Leonid Breschnew.<sup>126</sup> Zurück in der Bundesrepublik, traf er sich mit US-Botschafter Arthur Burns, um ausführlich von seinen Eindrücken zu berichten und Washington aufzufordern, die sowjetischen Vorschläge zu prüfen.<sup>127</sup> Der SPD-Kanzlerkandidat Vogel bereiste im Januar 1983 die wichtigsten Hauptstädte in Ost und West, nicht zuletzt, um sich im Bundestagswahlkampf zu profilieren.<sup>128</sup> Egon Bahr, der zu diesem Zeitpunkt einem Unterausschuss des Bundestages vorsah, kam mit seinen rüstungskontrollpolitischen Offerten mehrmals nach Genf, um mit den Verhandlungsführern Julij Kwizinski und Paul Nitze zu sprechen.<sup>129</sup> Die sozialdemokratische Reisediplomatie kulminierte schließlich im Herbst 1983, als sich das Nein des Kölner Parteitages abzeichnete. Das Erich-Ollenhauer-Haus und die Bundestagsfraktion schickten in einer konzertierten Aktion Vertreter in fast alle westeuropäischen Staaten, um ihre Positionen zu begründen.<sup>130</sup> Wiederum wurden diese Reisen von der Einsicht getragen, dass der Standpunkt der SPD erklärungsbedürftig war, und von dem Versuch, aus physischer Präsenz in den Hauptstädten Westeuropas innenpolitisches Kapital zu schlagen.<sup>131</sup> Dabei befanden sich Brandt, Vogel und Bahr kaum jemals in Übereinstimmung mit der Bundesregierung: Während es Schmidt zumeist ein Ärgernis war, wenn seine Parteifreunde mit ihm auf der internationalen Bühne konkurrierten,<sup>132</sup> reagierte nach dem Regierungswechsel auch Helmut Kohl gereizt, dass sich die Opposition zum außenpolitischen Akteur aufschwang.<sup>133</sup> Überblickt man das Echo der Presse, so wird man einräumen müssen, dass das Kalkül dieser Sonderaußenpolitik allzu leicht zu durchschauen war.<sup>134</sup>

Die Verständigungsprobleme zwischen den deutschen Sozialdemokraten und ihren US-amerikanischen Kontaktpersonen nahmen ihren Ausgang in einem diametral anderen Begriff von Politik. So waren die Funktionäre und Abgeordneten der SPD bei ihren Begegnungen mit Kollegen vom linken Flügel der Demokratischen Partei oder von den Ge-

<sup>126</sup> Siehe den Vermerk über das Gespräch Brandts mit Breschnew am 30.6.1981, abgedruckt in: Brandt: Berliner Ausgabe, 9. Bd., S. 319–326; Merseburger: Willy Brandt, S. 782f.

<sup>127</sup> US-Botschaft Bonn an State Department: Ambassador Burn's Call on Willy Brandt, 9.7.1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (7/1/81–8/31/81) (1).

<sup>128</sup> Vgl. Peter Pragal/Ulrich Rosenbaum: Der lange Marsch des Genossen Vogel, in: *Stern*, 20.1.1983.

<sup>129</sup> Siehe Bahr: Gespräche in Genf am 29.6.1983, 5.7.1983, S. 1, AdSD, 1/EBAA000951; Bericht über die Reise des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle nach Genf am 26.10.1983, 28.10.1983, AdSD, WBA, A10.1 Rosen, 187. Siehe auch das Gespräch, das Bahr und Nitze am 24.1.1983 geführt hatten, abgedruckt in AAPD 1983, I, Dok. 21.

<sup>130</sup> Siehe exemplarisch: Gespräch Hans-Jochen Vogel mit Ministerpräsident Bettino Craxi am 29.10.1983 im Palazzo Chigi, 31.10.1983, AdSD, Nachlass Selbmann, 61. – Vor SPD-Nein zur Nachrüstung. Vogel erklärt Wien seinen Kurs, in: *Die Presse*, 30.6.1983.

<sup>131</sup> Dazu Scheer: Bericht über die bisher erfolgten internationalen Delegationsreisen der SPD-Bundestagsfraktion zur Erläuterung der SPD-Haltung zu den Genfer Verhandlungen und zur Stationierungsfrage, 25.10.1983, AdSD, 1/HJVA102736.

<sup>132</sup> Vgl. Gespräch Bundeskanzler Helmut Schmidt mit Mrs. Flora Lewis und Mr. Vinocur (s. Anm. 6).

<sup>133</sup> Vgl. mit Belegen F. Fischer: Interesse, S. 347–354.

<sup>134</sup> Siehe v. a. Jérôme Dumoulin: Est-Ouest: l'enjeu allemand, in: *L'Express*, 21.1.1983; selbst der *Spiegel* reagierte skeptisch: Andere Hinterbacke. Die SPD-Spitze sorgt sich, die Partei gerate mit ihrem Jein zur Nachrüstung international in die Isolation, in: *Der Spiegel*, 11.4.1983.

werkschaften immer wieder verwundert, dass das politische Parteiensystem in den USA so grundsätzlich anders strukturiert war als in der Bundesrepublik.<sup>135</sup> Stobbe räumte 1985 ein, dass es schwierig sei, sich zu verstehen, weil westdeutsche Sozialdemokraten und Amerikaner von einem differierenden Politikbild ausgingen.<sup>136</sup> In der Tat: Die Mitglieder der SPD stritten für den Sozialstaat, Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit; dagegen war es den linksliberalen Segmenten in der US-amerikanischen Gesellschaft um individuelle Freiheitsrechte und darum zu tun, dass der Einzelne Verantwortung für sich selbst übernehmen musste.<sup>137</sup> Während die westeuropäische Linke in ihrer Geschichte oftmals in Fundamentalopposition zur herrschenden Ordnung getreten war, sah sich die amerikanische Linke als legitimer Teil der Gesellschaft und stellte diese nicht infrage.<sup>138</sup>

Wo die Funktionsträger und Parlamentarier der SPD in den USA auf andere Meinungen trafen, da sahen sie einen Mangel an Expertise. Der Abrüstungsreferent des Parteivorstandes Wolfgang Biermann reiste 1983 aus den USA zurück und fand, dass dort eine breite Unkenntnis vorherrsche, die entweder von Zerrbildern oder von falschen Informationen genährt werde.<sup>139</sup> Dies betraf den amerikanischen Blick auf die Diskussion in der SPD, die Ziele der Friedensbewegung und sogar die Argumente der Nachrüstungskritiker. Es sei von zentraler Bedeutung, so schrieb er, dass die SPD ihre Reisediplomatie verstärke, um in den USA Feindbilder abzubauen. Der Internationale Sekretär des SPD-Vorstandes Dingels machte 1981 ein „Überwertigkeitsempfinden“, das „in der Psyche des Präsidenten begründet“ lag, dafür verantwortlich, dass die US-Botschaften im Ausland keine „kritische[n] Strömungen objektiv analysierend den Vorgesetzten in Washington zur Kenntnis“ brächten.<sup>140</sup> Es lag an der SPD selbst, „dieses psychische Loch in der Berichterstattung über den Atlantik hinweg auszufüllen“.<sup>141</sup> Dingels fand, dass die „geistige Evolution“ der Reagan-Regierung blockiert und von „einem enormen Realitätsverlust“ befallen sei.<sup>142</sup> Wer andere Standpunkte als kognitive Fehlleistungen disqualifizierte, der konnte indessen kaum auf ein konstruktives Gespräch hoffen.

Die Begegnungen zwischen Deutschen und Amerikanern waren eine redundante Theateraufführung. Denn die Emissäre der SPD formulierten die immer gleichen Argumente, wenn sie ihre Gesprächspartner überzeugen wollten, und nahmen eine bestimmte Rolle ein. Doch auch ihre Gesprächspartner handelten nach festen Regeln. Ihre Antwort war stets vorhersehbar: Sie störten sich an der Form, wie Sozialdemokraten in Washington

---

<sup>135</sup> Dazu exemplarisch Thomas Mirow an Brandt: Begegnungen mit amerikanischen Sozialdemokraten in den USA [Vorlage für die Sitzung des Sechserkreises am 6. 4. 1977], 15. 3. 1977, AdsD, WBA, A11.8, 28; H. Benzing: Notiz zum Gespräch von Hans-Jürgen Wischnewski mit Michael Steed, Berater des Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika, und George E. Agree, Vorsitzender der American Political Foundation, im Bundeshaus am 12. 2. 82, 18. 3. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 11133.

<sup>136</sup> Stobbe an Rapp, 28. 1. 1985, AdsD, Nachlass Stobbe, 169.

<sup>137</sup> Grundlegend Angster: Konsenskapitalismus, S. 39.

<sup>138</sup> Ähnliche Beobachtungen bei Dieter Deiseroth: (Teil-)Bericht über die USA-Reise vom 17. 10. bis 8. 11. 1980, undatiert, S. 5, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7773.

<sup>139</sup> Biermann: Vertraulicher Bericht über die USA-Reise vom 4. 6. bis 13. 6. 1983, 15. 6. 1983, S. 3f., AdsD, WBA, A11. 13, 80.

<sup>140</sup> Dingels an Wischnewski: Die Position des amerikanischen Präsidenten, 5. 8. 1981, S. 2, AdsD, WBA, A11.4, 133.

<sup>141</sup> Ebenda.

<sup>142</sup> Dingels an Vogel: Dein Gespräch mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika am 8. 12. 1982, 7. 12. 1982, AdsD, Bestand SPD-PV, Internationale Abteilung, 10933.

auftraten, und an dem Inhalt dessen, was sie sagten.<sup>143</sup> Sie hielten den Standpunkt ihrer Gäste für überheblich und falsch, ja sogar für schädlich. Ihre Gegenargumente brachte die US-Regierung standardisiert vor: Erstens unterlaufe die SPD mit ihrer Kritik die Erfolgsaussichten in Genf, zweitens sei eine Stationierung notwendig, um Verhandlungsdruck aufzubauen und um den Zusammenhalt des Bündnisses zu stärken.<sup>144</sup> Ein Vermerk aus dem Jahr 1982 für William P. Clark, Reagans Nationalen Sicherheitsberater, unterstrich:

„The key to the success of these arms control negotiations is a strong Alliance, unified and possessing the political will to defend our security. You may wish to underscore the necessity of Alliance resolve to meet the Soviet threat and stress the point that, unless the Soviets are convinced that INF deployment will take place, the outlook for the Geneva talks is poor.“<sup>145</sup>

Die US-Regierung wollte also erst aus einer Position der Stärke heraus darüber beraten, wie die Atomraketen abgebaut werden könnten. Wer als Sozialdemokrat in die USA reiste, sah dies diametral anders. So verdächtigten US-Regierung und SPD-Parteiparapparat sich gegenseitig, den Boden der Allianzpolitik zu verlassen.<sup>146</sup> Während die US-Regierung der SPD unterstellte, die Erfolgsaussichten der Genfer Verhandlungen zu mindern und die Ziele der US-Politik zu verzerren, meinten die Gegnerinnen und Gegner der Stationierung, dass es Reagans Regierung sei, die nicht ernsthaft verhandle und die sowjetische Politik als eine Karikatur zeichne. Der Vorwurf lief auf beiden Seiten darauf hinaus, dass der jeweils andere aus dem Bündniskonsens aussichere. Über die Definition des Bündniskonsenses freilich bestand keine Einigkeit.

Zu den inhaltlichen Differenzen kamen atmosphärische Störungen. 1982 wusste Biermann aus den USA zu berichten, dass die Gäste dort als „belehrend“ empfunden würden, weil sie „ihre Meinung als allgemeingültige Weisheit“ darstellten.<sup>147</sup> Dies behagte der US-Regierung überhaupt nicht, schließlich war es ihre Weltsicht, für die sie Allgemeingültigkeit reklamierte. Sie griff deshalb noch zu einem anderen, performativen Mittel, um den transatlantischen Dissens zu inszenieren, und weigerte sich, hochrangige sozialdemokratische Besucher in Washington zu empfangen. Diese „Praxis der Nichtsichtbarkeit“ traf vor allem diejenigen, mit denen sie Kontroversen erwartete oder die, wie im Falle Dohnanyis, „will have nothing of particular importance to say“.<sup>148</sup> So galt Horst Ehmke in Washington als ein „chameleon – strong pro-U.S., pro TNF deployment one day, then nodding sagely in agreement with Egon Bahr’s asininitities the next“.<sup>149</sup> Bahr verkörperte für die US-Regie-

<sup>143</sup> Das spießte die CDU/CSU auf. So Emil Mühlberger: Als die Maske gefallen war. Besorgnis über die Entwicklung der SPD, in: *Bayernkurier*, 15. 10. 1983.

<sup>144</sup> So berichtete Ehmke: Vermerk über meine US-Reise vom 26. 6. bis 2. 7. 1983, 5. 8. 1983, S. 2, AdsD, 1/HEAA000795.

<sup>145</sup> Judge Clark’s Meeting with FRG Minister for Transport Volker Hauff, 5. 5. 1982, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (1/1/82-9/30/82) (9).

<sup>146</sup> Präzise Emil Mühlberger: Besorgnis über den Kurs der Genossen. Washington beobachtet Abrücken von NATO, in: *Bayernkurier*, 29. 1. 1983.

<sup>147</sup> Biermann: Ergänzung zum Bericht: USA-Reise vom 14. 9. bis 22. 10. 1982, 18. 11. 1982, AdsD, WBA, A11.13, 80.

<sup>148</sup> Peter Tarnoff an Brzezinski: David Aaron’s Meeting with Klaus von Dohnanyi, State Secretary in the FRG Foreign Office, May 2, 1979, at 9:30 a.m., 28. 04. 1979, JCL, Brzezinski Material: Brzezinski Office File, b 14, f Germany FR: 3-5/79.

<sup>149</sup> James M. Rentschler an Richard V. Allen: Your Meeting with SPDer Horst Ehmke (Wednesday, July 8 – 10:00 a.m.), 8. 7. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (7/1/81-8/31/81) (3).

rungen von Carter und Reagan all das, was ihnen an den Sozialdemokraten nicht behagte.<sup>150</sup> Sie misstrauten ihm und sprachen ihm ab, charakterlich integer zu sein.<sup>151</sup>

Die Frage, ob und wenn ja wer sich mit SPD-Politikern in Washington traf, ist aus dem Blickwinkel der Performanztheorie ein Barometer, an dem sich ablesen lässt, wie es um das Ansehen der Partei auf der internationalen Bühne stand.<sup>152</sup> Und es sah nicht gut aus. Im Januar 1980 verweigerte Anthony Lake, der Direktor des Planungsstabs im State Department, dem SPD-Generalsekretär Bahr ein Treffen.<sup>153</sup> So wertete die US-Regierung ab, was Bahr sich als „roving emissary“<sup>154</sup> an Bedeutung zuschrieb. Das wiederholte sich in den Jahren des Nachrüstungsstreits noch mehrere Male.<sup>155</sup> Als Bahr im August 1981 mit einer Delegation des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle nach Washington reiste, empfahl ein Memo dem Nationalen Sicherheitsberater Allen, Bahr den amerikanischen Standpunkt klar zu machen.<sup>156</sup> Allen lehnte zunächst ab („Bahr will simply go out and say that he lectured us. I know this guy.“<sup>157</sup>), überlegte es sich aber schließlich anders und bat für das Gespräch um intensive Vorbereitung, „to read him the riot act.“<sup>158</sup> Auch der Parteivorsitzende Brandt erlebte, was es hieß, wenn Washington politisch nicht mit ihm übereinstimmte. Schon 1977 schwankte das Weiße Haus hin und her, ob sich Carter mit ihm treffen sollte.<sup>159</sup> Im September des Jahres lehnte Brzezinski ein Gespräch ab, denn: „This is too marginal.“<sup>160</sup> Auch eine Zusammenkunft mit Vizepräsident Walter Mondale kam 1980 nicht zustande, weil das Weiße Haus meinte, Brandt habe keinen Einfluss mehr in der Bundesrepublik, abgesehen von „leftist regions“ in der SPD.<sup>161</sup> Dass sich die Amerikaner nicht mit Brandt treffen wollten, lag nur zum Teil daran, dass sie den SPD-Vorsitzenden für machtlos hielten. Sie waren auch von seinem Standpunkt nicht überzeugt:

<sup>150</sup> Biographic sketch, S. I, George V. Vest an Anthony Lake: Appointment Request: Egon Bahr–Secretary General, West German Social Democratic Party, 20. 12. 1979, NA, Lake Papers, b 11.

<sup>151</sup> Dazu „I Am First German, Then A European“. Excerpts from an interview by Egon Bahr published in *Der Spiegel*, Number 37/1978 (Informal Translation), undatiert, JCL, Brzezinski Material: Country File, b 24, f German Federal Republic, 7/78–1/79.

<sup>152</sup> Dieses Problem betraf nicht nur die SPD. So war in der Presse zu lesen, dass das US-Verteidigungsministerium eine Delegation der *Labour Party* eine halbe Stunde ohne Erklärung warten ließ, worauf die Briten auf ein Gespräch verzichtet hätten, vgl. Sozialistische Politiker im Pentagon brüskiert, in: *Süddeutsche Zeitung*, 6. 11. 1981.

<sup>153</sup> Vest an Lake: Appointment Request: Egon Bahr–Secretary General, West German Social Democratic Party, 20. 12. 1979, NA, Lake Papers, b 11.

<sup>154</sup> So hieß es wörtlich in [kein Verfasser] an Brzezinski: Your Meeting with SPD Secretary-General Egon Bahr on Wednesday, November 29 [1978], at 5:00 p.m., undatiert, JCL, Brzezinski Material: Brzezinski Office File, b 14, f Germany FR: 11/78–2/79.

<sup>155</sup> Siehe auch F. Fischer: Interesse, S. 271.

<sup>156</sup> Dennis Blair an Allen: Visit by Bundestag Subcommittee for Disarmament and Arms Control, 21. 8. 1981, RRL, Sven Kraemer Files, b 90100, f NATO-Countries-FRG-Bahr.

<sup>157</sup> Hs. Notiz Allens in ebenda.

<sup>158</sup> Blair/Rentschler an Allen: Meeting with Egon Bahr, 4. 9. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (9/1/81–12/31/81) (8).

<sup>159</sup> Brzezinski an Carter: [Meeting with Willy Brandt], 1. 3. 1977, JCL, President’s Files: Staff Secretary’s File [Handwriting File], b 10, f 3/2/77.

<sup>160</sup> Tarnoff an Brzezinski: Request for Presidential Appointment by FRG Leader Willy Brandt, 20. 9. 1977, JCL, White House Central File, Subject File, b CO-26, f CO 54-2 Confidential 1/20/77–10/31/77.

<sup>161</sup> Christine Dodson an Denis Clift: Appointment Request for Willy Brandt to see the Vice President (C), 8. 2. 1980, S. I, JCL, White House Central File, Subject File, b CO-26, f CO 54-2 Confidential 11/1/77–1/20/81.

„Brandt reportedly joins Egon Bahr in woeful ignorance about current East-West military realities and the solidity of our intelligence on them. He predicts that the TNF imbalance will disappear like the missile gap of the late 1950s. It's hard to believe he came through years as Foreign Minister and Chancellor without learning better.“<sup>162</sup>

Zwar kamen immer wieder Treffen zwischen Brandt und hohen Vertretern der US-Regierung in Washington oder der Bundesrepublik zustande. Aber als der amerikanische Präsident Anfang Mai 1985 die Bundesrepublik besuchte, wollte er den ehemaligen Kanzler und Vorsitzenden der SPD wieder nicht sehen.<sup>163</sup> Dass Reagan Brandt zurückwies, war symbolträchtig. In einem persönlichen Brief an den Präsidenten machte Brandt seiner Enttäuschung Luft.<sup>164</sup> Sogar der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky protestierte in Washington, Brandt sei „one of America's most reliable friends“.<sup>165</sup> Die Suche nach den Gründen, warum Reagan Brandt nicht hatte sehen wollen, beschäftigte die SPD noch eine Weile.<sup>166</sup> Umso schmerzlicher war diese Begebenheit, weil Brandt und die SPD verstanden, wie sie gemeint war. Die Reagan-Regierung hatte statuiert, was sie von den deutschen Sozialdemokraten hielt – nämlich ziemlich wenig.<sup>167</sup> So war der Erfolg überraschend gering, als die Rüstungskritiker in der SPD-Spitze ihre Beziehungen mit US-amerikanischen Akteuren in den frühen achtziger Jahren intensivieren wollten. Weder gelang es ihnen, eine der christdemokratischen Konkurrenz vergleichbare Dichte an Kontakten aufzubauen, noch waren sie erfolgreich, ein Netzwerk zu etablieren, in dem die unterschiedlichen Politikvorstellungen ausgetauscht und angenähert werden konnten. Selbst wenn sie versuchten, sich als Mittler zwischen den Supermächten zu etablieren, erreichten sie ihr Ziel nicht ansatzweise. Das Verständnis der Amerikaner für die Kritik aus Deutschland tendierte gegen null, der Ärger über die Interventionen wuchs. So wie man die diplomatische Offensive von Brandt, Bahr und Ehmke als eine intendierte Praktik verstehen kann, so antwortete die US-Regierung, indem sie etwas unterließ: Sie weigerte sich, die Gäste zu empfangen. Aus Sicht der Überseereisenden erfüllten die Besuche dennoch eine Funktion. Denn sie demonstrierten einer zunehmend lauter werdenden innerparteilichen Kritik, dass die SPD-Führung alles unternahm, um die Stationierung abzuwenden. Freilich hing die Wirkung dieser Befriedungsgeste davon ab, mit welchen Erträgen die Parteispitze aus dem Ausland heimkehrte. Und wenn sich das Gespräch mit den Amerikanern problematisch gestaltete – waren die Sowjets dann aufgeschlossener, mit der SPD die Nachrüstung zu verhindern?

### 3. ... und in die Hauptstädte des Warschauer Paktes

Dass die diplomatischen Anstrengungen der SPD am Ende erfolglos blieben, kann auch für ihr Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Paktes gesagt werden. So wie führende

<sup>162</sup> Defense Policy Coordination (NSC) an Brzezinski: Evening Report, 12. 12. 1979, S. 2, JCL, Brzezinski Material: Staff Evening Report Files, CREST, NLC-10-26-1-47.

<sup>163</sup> Dazu [Karl-Heinz Klär] an Brandt: Reagan-Besuch, 29. 4. 1985, AdsD, WBA, A11.15, 24; F. Fischer: Interesse, S. 274-275.

<sup>164</sup> Brandt an Reagan, 3. 5. 1985, AdsD, WBA, A11.15, 24.

<sup>165</sup> Kreisky an Reagan, 4. 6. 1985, S. 2, AdsD, WBA, A11. 2, 169.

<sup>166</sup> Dazu das Gespräch zwischen Stobbe und Richard Burt: Stobbe: Meine Reise nach Washington und New York vom 18. bis 21. 6. 1985, 26. 6. 1985, insb. S. 7, AdsD, 1/EBAA000731.

<sup>167</sup> Zur Frage des Verhältnisses der SPD zur US-Regierung nach 1982/83 aus einer politik- und diplomatiegeschichtlichen Perspektive siehe F. Fischer: Interesse, S. 266-305.

Sozialdemokraten westwärts reisten, um sich zu erklären, auf ernsthafte Verhandlungen zu drängen und Sorgen über ihre Bündnistreue zu entkräften, so machten sie sich auch nach Moskau und Ost-Berlin auf. Ihr Kraftakt wäre unvollständig geblieben, wenn sie nur diejenige Weltmacht bedrängt hätten, die auf der einen Seite des Genfer Verhandlungstisches saß. Zwar waren es aus Sicht vieler SPD-Nachrüstungskritiker zweifelsohne die Vereinigten Staaten, welche die Hauptschuld daran trugen, dass sich die Fronten verhärteten. Doch in Genf verhandelten auch die Sowjets mit, und Kanzler Schmidt wies seine Partei immer wieder darauf hin, dass es deren SS-20-Raketen waren, die den Doppelbeschluss notwendig gemacht hätten. So gerieten bald auch die Sowjetunion und ihre Verhandlungsstrategie in den Fokus der „unofficial diplomats“ aus der SPD.

Man kann diese Entwicklung nur verstehen, wenn man sie mit dem Schwinden des ideologischen Gegensatzes zwischen Ost und West erklärt. Weil die Sowjets nicht mehr der Feind der fünfziger Jahre waren, konnten SPD-Vertreter es überhaupt wagen, mit ihnen zu sprechen. Schon einige Jahre zuvor war den Beziehungen zwischen den Supermächten die ideologische Nährlösung abhandengekommen. In einem internationalen Umfeld, in dem die Zeichen auf politische und militärische Entspannung standen, ging auch die SPD/FDP-Koalition unter Kanzler Willy Brandt daran, das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren östlichen Nachbarn zu stabilisieren. Nun spannt die SPD einen Gesprächsfaden zu den Staatsparteien des Warschauer Paktes.<sup>168</sup> SPD-Funktionäre oder Parlamentarier wie Herbert Wehner und Egon Bahr waren ab 1966 in das geteilte Berlin, nach Warschau, Prag und vor allem Moskau gereist und hatten sich dort mit Vertretern der Regime getroffen.<sup>169</sup> Offizielle Parteikontakte waren undenkbar, doch im Umfeld der Regierungsverhandlungen über die Ostverträge war es zu zahlreichen Begegnungen von Sozialdemokraten und Kommunisten gekommen.<sup>170</sup>

Auch in den frühen achtziger Jahren besuchten ungezählte SPD-Mitglieder die Hauptstädte des Warschauer Paktes, die die Stationierung ablehnten.<sup>171</sup> Sie warfen sich deshalb in eine Vermittlerrolle zwischen den Supermächten, weil sie meinten, die Entspannungspolitik retten und den wieder Gestalt annehmenden Kalten Krieg überwinden zu können. Die sozialdemokratischen Ostreisen florierten, während die Genfer Verhandlungen stagnierten.<sup>172</sup> So begab sich der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt 1980 nach Moskau, um aus erster Hand Informationen über die Prioritäten der sowjetischen Außenpolitik zu sammeln.<sup>173</sup> Der sozialdemokratische Friedensaktivist Erhard Eppler machte sich 1981 auf den Weg nach Moskau und Nordkorea, um zu erfahren, was die kommunistischen Parteien an der US-Politik genau kritisierten.<sup>174</sup> Der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick besuchte im gleichen Jahr Riga und die sowjetische Hauptstadt, um den wirtschaftlichen

<sup>168</sup> Grundlegend Potthoff: Dialog, S. 17–71; F. Fischer: Interesse, S. 29–97, 178, Anm. 71.

<sup>169</sup> Vgl. die zahlreichen Dokumente in Nakath/Stephan: Häber-Protokolle.

<sup>170</sup> Vgl. dazu kritisch Thomas Engel: Mit Moskau im Gleichklang, in: *Bayernkurier*, 2. 4. 1983.

<sup>171</sup> Ausführlich F. Fischer: Interesse, S. 169–265.

<sup>172</sup> Siehe auch den Besuch Breschnews im November 1981 in der Bundesrepublik, bei dem er neben Schmidt mit Brandt und anderen SPD-Vertretern zusammentraf. AAPD 1981, III, Dok. 334, 336, 340; Bonn weder überrascht noch überzeugt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. 11. 1981.

<sup>173</sup> Gespräche von MdB Voigt in Moskau, 6. 11. 1980, AdsD, 1/HSAA006910; Voigt: Bericht über Gespräche in Moskau vom 6. bis 9. 9. 1983, 13. 9. 1983, AdsD, 1/HEAA000435.

<sup>174</sup> Dingels bat Eppler eindringlich, sich bei seinen Gesprächen in Moskau vom deutschen Botschafter begleiten zu lassen – „aus vielerlei Gründen, auch zum Schutz von Interpretationen in Moskau wie auch hier“. Dingels an Eppler, 7. 8. 1981, S. 2, AdsD, 1/EEAC000068.

Austausch zu intensivieren und um mit Vertretern der KPdSU ein Gespräch über Sicherheitspolitik zu führen.<sup>175</sup> 1982 flogen die Jusos Willi Pieczyk, Konrad Gilges, Renate Schmidt, Gerhard Schröder und Ottmar Schreiner in die Sowjetunion, und der „Vorwärts“ berichtete ausführlich von ihren Eindrücken.<sup>176</sup> Demgegenüber waren Reisen in die Hauptstadt der DDR schon wegen der geringeren Entfernung und der fehlenden Sprachbarriere einfacher zu bewerkstelligen. Vor allem nachdem die SPD im Herbst 1982 in die Opposition gehen musste, entwickelte sich so geradezu ein sozialdemokratischer „Politourismus“ in die DDR, der die SED vor einige Probleme stellte.<sup>177</sup> Wer sich aus der SPD nach Ost-Berlin aufmachte, der tat dies nicht nur, um über die Nachrüstung zu sprechen – denn die beiden deutschen Staaten saßen ja nicht am Verhandlungstisch in Genf.<sup>178</sup> Vielmehr ging es bei diesen Reisen darum, Möglichkeiten auszuloten, wie die deutsch-deutsche Annäherung fortgesetzt werden könne.<sup>179</sup>

Durch ihre Gespräche in der Sowjetunion und der DDR versuchten die Parlamentarier und Funktionäre der SPD zwei Dinge zu erreichen. Erstens wollten sie sich ihren Parteifreunden als angesehene Politiker zeigen, die auch ohne Staatsamt Gehör bei den Machthabern des Warschauer Paktes fanden. Im Grunde funktionierte dieser Mechanismus nicht anders als bei den sozialdemokratischen Verbindungen in die USA. Hinzu kam, dass einige SPD-Politiker auch Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Ostblockstaaten suchten. Die evangelische Kirche in der DDR war ein bevorzugter Gesprächspartner der SPD. Hans-Jochen Vogel traf sich im Dezember 1982 unter den wachsamen Augen und Ohren des Ministeriums für Staatssicherheit mit Kirchenvertretern, um über die Lage von Christen in der DDR zu sprechen.<sup>180</sup> Helmut Schmidt suchte 1983 den Berliner Bischof Gottfried Forck auf.<sup>181</sup> Forck war jemand, der sich mit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR für alle sichtbar solidarisierte, indem er einen Aufnäher mit dem Motiv „Schwerter zu Pflugscharen“ trug.<sup>182</sup> Wenn sich Schmidt mit Forck traf, sollte dies der SED-Führung signalisieren, dass er dem Friedenswillen der staatsunabhängigen Opposition mehr Glauben schenkte als den offiziellen Reden des Apparats. Und es sollte den Nachrüstungsgegnern in der SPD zeigen, dass er die unabhängigen Friedensgruppen stärkte.<sup>183</sup>

<sup>175</sup> Koschnick an Schmidt, 23. 12. 1981, AdsD, 1/HSAA009174; Manfred von Scheven: Reise von Bürgermeister Koschnick in die UdSSR – Aufenthalte in Riga und Moskau [9. 2. 1982], AdsD, WBA, A11.3, 50.

<sup>176</sup> Japs: Neue Moskauer Signale für Genf. Juso-Delegation in der UdSSR zu Gesprächen über Polen und über Abrüstungsfragen, in: *Vorwärts*, 11. 2. 1982, S. 12.

<sup>177</sup> Potthoff: Schatten, S. 233.

<sup>178</sup> Vgl. Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR: Bericht über den Besuch von Oskar Lafontaine, Vorsitzender des Landesverbandes Saar der SPD, und seines Stellvertreters Norbert Engel in der DDR, 26. 3. 1982, SAPMO-BArch, DY 30/14621, Bl. 43–56. – Und in der Tat war die DDR nicht immer einverstanden mit dem, was die Sowjetunion in Genf an Angeboten vorlegte. Wentker: Unterstützung.

<sup>179</sup> Dazu Voigt an Schmidt: Kurzfassung der Aussagen von Gesprächspartnern in Berlin (Ost) vom 27. bis 29. 10. 1979, 31. 10. 1979, AdsD, 1/HSAA006910; weitere Berichte in dieser Mappe.

<sup>180</sup> Siehe [Information] über Gespräche des SPD-Präsidiumsmitgliedes Vogel mit Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR am 9. 12. 1982, 10. 12. 1982, BStU, MfS, HA XX/AKG, 5905, Bl. 101–104.

<sup>181</sup> Information über den Besuch des Ex-Bundeskanzlers der BRD Schmidt vom 3. bis 5. 9. 1983 in der DDR, 6. 9. 1983, BStU, MfS, HA XX/AKG, 5905, Bl. 129–132.

<sup>182</sup> Vgl. dazu Silomon: Pflugscharen.

<sup>183</sup> Zum weiteren historischen Kontext Pollack: Friedensgruppen; Dowe: Ost- und Deutschlandpolitik, S. 75–93.

Auch sonst arrangierten Sozialdemokraten, die in die DDR reisten, Treffen mit oppositionellen Gruppen. So war es folgerichtig, dass der ASF-Bundesvorstand im Januar 1984 bei Erich Honecker gegen die Festnahme der Friedensaktivistinnen Bärbel Bohley und Ulrike Poppe intervenierte. In einem Brief konstatierte Inge Wettig-Danielmeier von der ASF, dass die SED elementare Freiheitsrechte beschneide.<sup>184</sup> Für sie lag „ein unausräumbarer Widerspruch in Ihrem [Honeckers] Eintreten für Frieden und Abrüstung und der Unterdrückung des Engagements einzelner DDR-Bürgerinnen und Bürger für die Friedenspolitik“.<sup>185</sup> Diese Protestgeste sollte die Situation der Friedensgruppen in der DDR verbessern helfen; sie sollte aber auch die ASF im innerparteilichen Diskurs der SPD als eine Gruppierung ausweisen, die über jeden Verdacht erhaben war, der Friedenspropaganda von SED und KPdSU zu glauben.

Die Abgesandten der SPD wollten die Sowjetunion zu einer ernsthaften Rüstungskontrollpolitik animieren. Das war ihr zweites Ziel. Langfristig gesehen kam es ihnen darauf an, die Eskalation von Spannungen unmöglich und den ideologischen Gegensatz zum Merkmal einer vergangenen Zeit zu machen. Als der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke im August 1982 Moskau besuchte, tauschte er sich mit seinen Gesprächspartnern über die gegenseitige Bedrohungswahrnehmung aus und erörterte, welche Aussichten die Rüstungskontrolle noch hatte. In seinem Vermerk über die Reise hielt er fest, dass er in Moskau „keinen Zweifel daran gelassen“ habe, „daß ich die sowjetische INF-Position für so einseitig hielt, daß sie für den Westen unannehmbar sei. Wenn sich an dieser Position im nächsten Jahr nichts ändere, würde nach meinem Urteil in West-Europa mit der Aufstellung neuer amerikanischer Systeme begonnen werden.“<sup>186</sup> Dies war die Melodie, die Sozialdemokraten bei ihren Gesprächen anstimmten. In Ost-Berlin baute der SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel im Dezember 1982 Druck auf seinen Gastgeber auf, indem er argumentierte, die Sowjetunion müsse sich in Genf bewegen, sonst werde „eine Stationierung neuer Raketen schließlich erforderlich“.<sup>187</sup> Gegenüber Honecker betonte er, dass die NATO nicht akzeptieren könne, wenn sowjetische SS-20-Raketen Westeuropa bedrohten.<sup>188</sup> Während der Staats- und Parteichef der DDR über das „Bestreben der USA, militärische Überlegenheit zu erlangen“, referierte und mit Gegenmaßnahmen drohte, bat Vogel darum, dass Honecker in Moskau größere Verhandlungsanstrengungen anmahnen möge; er wolle dies in Washington tun. Die Botschaft war deutlich: Die Gegnerinnen und Gegner der Atomraketen in der SPD fanden, dass es an der Sowjetunion lag, durch eine ernsthafte Rüstungskontrollpoli-

<sup>184</sup> Inge Wettig-Danielmeier an Honecker, 16. 1. 1984, SAPMO-BArch, DY 30/14621, Bl. 113f., hier Bl. 113.

<sup>185</sup> Ebenda, Bl. 114; siehe auch den Brief der saarländischen ASF-Vorsitzenden Brunhilde Peter an Honecker, 11. 1. 1984, SAPMO-BArch, DY 30/14621, 112; und das Schreiben der Jungsozialisten Schleswig-Holstein. Günther Millauer an Honecker, 6. 1. 1984, SAPMO-BArch, DY 30/14621, Bl. 110f.

<sup>186</sup> Ehmke: Vermerk über meine Gespräche in Moskau vom 17. bis 19. und am 28. 8. 1982, 30. 8. 1982, S. 6, AdsD, 1/H5AA006819.

<sup>187</sup> Gespräch von Hans-Jochen Vogel mit Joachim Herrmann am 9. 12. 1982 in Berlin (Ost), undatiert, S. 8, AdsD, WBA, A11.3, 50.

<sup>188</sup> Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag der BRD und Präsidiumsmitglied des SPD-Parteivorstandes, Hans-Jochen Vogel, am 28. Mai 1983 in Hubertusstock, 29. 5. 1983, SAPMO-BArch, DY 30/2412, Bl. 23–42, hier Bl. 35, das nächste Zitat Bl. 25; F. Fischer: Interesse, S. 179.



tik die Stationierung abzuwenden. Sie sahen sich in der Pflicht, Moskau darauf hinzuweisen.<sup>189</sup>

Zur gleichen Zeit trugen sie aus Moskau und Ost-Berlin in die Hauptstädte der NATO zurück, was die Partei- und Staatsführungen ihnen gesagt hatten. Einige Bekanntheit hat 1981 Brandts Äußerung im „Spiegel“ gefunden, wo er nach einem Besuch in der Sowjetunion behauptete, Breschnew zittere um den Frieden.<sup>190</sup> Brandt präsentierte sich den sprachlosen Supermächten als „Dolmetscher“.<sup>191</sup> Auch sein politischer Intimus Bahr wusste im gleichen Jahr nach Konsultationen in Moskau zu berichten, dass die sowjetische Führung „von einem tiefen Mißtrauen in die Verhandlungsbereitschaft der USA erfüllt“ sei.<sup>192</sup> Gleichwohl habe er nach seiner Reise „nicht den geringsten Zweifel, daß die Sowjetunion zu ernstern Verhandlungen bereit ist, auch zu entsprechenden substantiellen Reduktionen ihrer SS 20“. Ob Bahr in Moskau der sowjetischen Propaganda aufgefressen ist oder nicht, tut hier nichts zur Sache. Entscheidend ist vielmehr, dass SPD-Funktionäre bei ihren Besuchen in Moskau und Ost-Berlin den Eindruck gewannen, sie könnten durch ihre Reisen etwas bewegen.<sup>193</sup> Die Funktionäre des Warschauer Paktes gaben den SPD-Emissären das Gefühl, als Boten gebraucht zu werden. Das war für die sozialdemokratische Wahrnehmung der Wirklichkeit elementar.

Bahr berichtete in seiner Partei und gegenüber den westlichen Verbündeten von seinen Gesprächen in Moskau und Ost-Berlin. Im Dezember 1982 sagte er gegenüber Brandt und Vogel, mit ihrem neuen Vorschlag gebe die Sowjetunion ihre Position auf, wonach bereits ein Gleichgewicht bei den Mittelstreckenwaffen bestehe. Sie sei bereit, ihre SS-20-Raketen zu reduzieren. Für ihn sei „die Struktur des sowjetischen Vorschlags akzeptabel“.<sup>194</sup> Wenige Wochen nach dem Jahreswechsel schrieb er einen Brief an den ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger, in dem er die Haltung der sowjetischen Führung zusammenfasste.<sup>195</sup> Sie sei „bereit, SS 20 auf ein Niveau zu reduzieren, das ausreicht, die bestehenden britischen und französischen Systeme zu balancieren“. Dieses Verhandlungsangebot war Anfang 1983 längst nicht mehr neu. Die Sowjetunion hatte es bereits im Jahr zuvor in die Gespräche eingebracht, und die SPD hielt es für ausrei-

<sup>189</sup> Der Kreml durchschaute diese Taktik: Information über die Konsultation des Genossen H. Axen mit Genossen B. N. Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, am 27. 7. 1983 in Moskau, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2583, Bl. 38–60, hier Bl. 51.

<sup>190</sup> „Breschnew zittert um den Frieden“. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt über die Ergebnisse seiner Moskau-Reise, in: *Der Spiegel*, 6. 7. 1981, S. 23–29; F. Fischer: Interesse, S. 224.

<sup>191</sup> Siehe seinen schriftlichen Bericht über die Moskau-Reise an US-Außenminister Haig. US-Botschaft Bonn an State Department: Willy Brandt letter to Secretary Haig, Juli 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (7/1/81–8/31/81) (2); und das Treffen von Ehmke, der zu Informationszwecken über Brandts Besuch in Moskau in die USA gereist war. State Department an US-Botschaft Bonn: The Secretary's meeting with Horst Ehmke, 10. 7. 1981, RRL, Executive Secretariat, NSC: Country File, RAC b 14, f Germany, FRG (7/1/81–8/31/81) (3).

<sup>192</sup> Bahr: Gespräche in Moskau, 25. 6. 1981, AdsD, 1/EBAA000952; Uwe Engelbrecht: An einem dünnen Geduldsschleim. Egon Bahrs Konsultationen in Moskau, in: *Vorwärts*, 18. 6. 1981, S. 2.

<sup>193</sup> Dazu prominent: Vermerk über das Gespräch zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzenden des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des BRD-Bundestages Egon Bahr, am 4. 9. 1981, 4. 9. 1981, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/592, Bl. 54–60, insb. Bl. 55; ediert bei Potthoff: Dialog, S. 599–605; dazu ausführlich F. Fischer: Interesse, S. 174–176; Vogtmeier: Egon Bahr, S. 274.

<sup>194</sup> Bahr an Brandt/Vogel, 23. 12. 1982, S. 1, AdsD, WBA, A11.3, 49.

<sup>195</sup> Bahr an Kissinger, 18. 1. 1983, S. 1, AdsD, 1/EBAA000576.

chend.<sup>196</sup> Bahr informierte Kissinger, dass Moskau „keine weiteren substantiellen Vorschläge machen“ werde, „solange sich Washington nicht ebenfalls bewegt“.<sup>197</sup> Die Reihe derjenigen SPD-Politiker, die so argumentierten, ist Legion.

Die Kontakte der SPD nach Moskau und Ost-Berlin wiesen somit Ähnlichkeiten zu ihren Verbindungen nach Amerika auf, denn in beiden Fällen versuchte sie, zwischen den Supermächten zu vermitteln. Stets verliefen die Begegnungen aufführungspraktisch nach einem festen Muster. Dennoch unterschieden sie sich in wichtigen Punkten. Wer in der SPD mit Amerikanern sprach, der trat mit Verbündeten in Kontakt, die an der politischen Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie zweifelten. Er musste um Vertrauen werben. In Moskau oder Ost-Berlin hingegen sprach er mit einem Gegner, der zwar auch auf Rüstungskontrolle eingeschworen und von der Bedrohungswahrnehmung der Westdeutschen überzeugt werden musste, aber schlussendlich kein Verbündeter werden durfte – auch wenn die Ideologie zumindest für die sozialdemokratischen Nachrüstungsgegner nicht mehr zählte. In Washington und Moskau traten die Besucher fordernd auf, doch zumindest in den USA blieben sie die Bittsteller einer ausländischen Oppositionspartei. Und eigentlich wussten all jene, die nach Osten reisten, dass der Schlüssel zum Erfolg für die SPD in Washington lag. So verliefen die Kontakte der SPD mit Moskau und Ost-Berlin in nichtinstitutionalisierten Bahnen. Weder richtete die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Büro in Moskau ein, wie sie es in den USA tat, noch bildete die Fraktion einen der „AG USA“ nachempfundenen Gesprächskreis. Erst als die SPD im Herbst 1982 aus der Regierungsverantwortung ausgeschieden war und nach Wegen suchte, wie der Gesprächskanal zur SED offengehalten werden konnte, bemühten sich SPD-Vorstand und Fraktion, Beziehungen zur SED und zur Volkskammer zu initiieren.<sup>198</sup> 1986 beschickten SPD und SED die Parteitage der jeweils anderen Seite erstmals mit Delegationen.<sup>199</sup> Demgegenüber institutionalisierten SPD und KPdSU ihre Beziehungen nicht.<sup>200</sup>

Ein weiterer Unterschied zwischen den sozialdemokratischen Kontakten in die USA und in die UdSSR lag darin, dass die Staatsparteien in Moskau die Besucher aus Bonn nicht zurückstießen, wie dies die Washingtoner Regierung häufig tat, wenn die Abge-

<sup>196</sup> Vgl. Risse-Kappen: Null-Lösung, S. 107.

<sup>197</sup> Bahr an Kissinger, 18. 1. 1983, S. 2. Auch die Jusos machten bei einem Besuch in Moskau die Bereitschaft aus, „auf sozialdemokratische Lösungsvorschläge einzugehen“. Rudolf Hartung: Bericht über die Gespräche des Bundesvorstandes der Jungsozialisten vom 8. bis 11. 11. 1983 in Moskau, 15. 11. 1983, S. 7, AdsD, WBA, A11.13, 81. Als Helmut Schmidt den Bericht der Jusos las, ließ er mitteilen, er sei „irritiert, daß der Juso-Vorsitzende sich hat zum Instrument sowjetischer Desinformation machen lassen“. Jens Fischer an Glotz, 7. 12. 1983, AdsD, 2/PVDF000207.

<sup>198</sup> Siehe Dingels an Wischnewski: Sitzung des Sechserkreises am 26. 10. 1982 zum Thema Sozialistische Internationale und internationale Arbeit der SPD, 25. 10. 1982, S. 1f., AdsD, 1/HWAK000435; Gaus an Brandt, 14. 11. 1982, AdsD, 1/EBAA000951; Hans Büchler: Beschlußvorlage für den Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion, betr.: Parlamentarische Kontakte zwischen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und der Volkskammer der DDR, 9. 11. 1982, AdsD, Nachlass Selbmann, 88; Wentker: Außenpolitik, S. 511; F. Fischer: Interesse, S. 178. – Das Politbüro stimmte zu. Noch im Januar 1979 hatte Honecker offizielle Parteikontakte abgelehnt. Ebenda, S. 178, 199, Anm. 223.

<sup>199</sup> Vgl. Wentker: Außenpolitik, S. 511.

<sup>200</sup> Vgl. Schumacher/Selbmann/Dingels: Beziehungen zu regierenden kommunistischen Parteien, 1983, AdsD, 1/HEAA000436; frühere Entwürfe dieses Papiers in AdsD, Nachlass Selbmann, 171. – Eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Abrüstungspolitik nahm aber dennoch 1984 ihre Arbeit auf. Die Gespräche verliefen ergebnislos und wurden 1987 abgebrochen. Vgl. SPD-Pressemitteilung, Nr. 842/1987, 13. 10. 1987; F. Fischer: Interesse, S. 229–235.

sandten der SPD wieder einmal zu forsch aufgetreten waren. Im Gegenteil: Der Kreml versuchte, die deutsche Sozialdemokratie zu instrumentalisieren.<sup>201</sup> Dass Moskau und Ost-Berlin eine ausgeklügelte Strategie verfolgten, mit der sie die westliche Welt unterwandern und destabilisieren wollten, ist bekannt.<sup>202</sup> Das Ziel „der ideologischen und auslandspropagandistischen Arbeit“ war „die beweiskräftige Darlegung der Rolle des Sozialismus als Hauptkraft des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts“, wie es in der Sprache der Bürokratie hieß.<sup>203</sup> Auch bekannt ist mittlerweile, dass die westeuropäischen Friedensbewegungen ein bevorzugtes Ziel waren, wenn es darum ging, Kommunisten in gesellschaftliche Schlüsselpositionen einzuschleusen.<sup>204</sup> Der Kreml suggerierte sich selbst, die Friedensbewegung sei ein Produkt kommunistischer Infiltration. Es waren die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Deutsche Friedensunion (DFU), die der SED in Ost-Berlin willig berichteten, welche Erfolge sie darin errangen, die SPD auf die Seite der Nachrüstungsgegner zu ziehen und die Friedensbewegung zu stärken.<sup>205</sup>

Dies war freilich ein großer Bluff. So wenig die Absicht in Moskau und Ost-Berlin zu leugnen ist, die westliche Welt zu destabilisieren, so schwierig bleibt es, den millionenfachen Protest gegen die Nachrüstung in der Bundesrepublik, Westeuropa und Nordamerika auf die Verschwörung kommunistischer Funktionäre im fernen Moskau zurückzuführen.<sup>206</sup> „Ferngelenkt“ war die Friedensbewegung nicht.<sup>207</sup> Sicherlich aber verdankten einige Friedensgruppen in der Bundesrepublik ihre Kampagnenfähigkeit materiellen Zuwendungen aus Ost-Berlin.<sup>208</sup> Der „Krefelder Appell“ vom Herbst 1980 ist das prominenteste Beispiel und vielleicht der größte Erfolg der DKP in Westdeutschland. Lanciert von der DFU und dem „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ), formulierte er den frühen Widerstand gegen den Doppelbeschluss in einem Appell, der rasante Verbreitung fand.<sup>209</sup> Auch etliche SPD-Mitglieder unterzeichneten den Aufruf,<sup>210</sup> was das Erich-Ollenhauer-Haus in Alarmbereitschaft versetzte.<sup>211</sup> Denn Sozialdemokraten

<sup>201</sup> Siehe dazu zeitgenössisch: Der Bundesminister des Innern: Instrumente und Wege kommunistischer Einwirkung auf die Protestbewegung in der Bundesrepublik Deutschland zur Verhinderung der NATO-Nachrüstung, undatiert, AdsD, Bestand IFIAS, 77.

<sup>202</sup> So explizit Bericht über die Beratung der Sekretäre für internationale und ideologische Fragen der Zentralkomitees kommunistischer und Arbeiterparteien sozialistischer Länder vom 3. bis 5. 7. 1979 in Berlin, undatiert, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/568, Bl. 22–41, hier Bl. 23.

<sup>203</sup> Ebenda, Bl. 29; prägnant auch Scholtyseck: Außenpolitik, S. 38f., 120.

<sup>204</sup> Vgl. Heidemeyer: NATO-Doppelbeschluss, S. 262–265.

<sup>205</sup> Westabteilung: Information zur Haltung der SPD und der Sozialistischen Internationale in der Frage der Raketenstationierung in Westeuropa, 28. 10. 1983, SAPMO-BArch, DY 30/14606, Bl. 219–229. – Grundlegend Roik: DKP, S. 253–366.

<sup>206</sup> So bereits Nehring/Ziemann: Wege, S. 83–87, 90f.; siehe zum Einfluss transnationaler Friedensbewegungen auf die sowjetische Militärpolitik die interessante Argumentation bei Evangelista: Unarmed Forces, S. 7f.

<sup>207</sup> So aber Ploetz/Müller: Friedensbewegung; sowie Wettig: Sowjetunion, S. 229–232; dazu die kluge Erwiderung Nehring/Ziemann: Wege.

<sup>208</sup> Vgl. unpolemisch und reflektiert Bredow/Brocke: Krise, S. 155f.

<sup>209</sup> „Der Atomtod bedroht uns alle“. Erklärung des Krefelder Forums vom 15./16. 11. 1980, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 25 (1980), S. 1513; van Hüllen: Krefelder Appell.

<sup>210</sup> Exemplarisch Jungsozialisten Bezirk Rheinhessen an den Bundesvorstand der Jungsozialisten, 13. 4. 1981, AdsD, Bestand SPD-PV, Referat Jungsozialisten, 7847.

<sup>211</sup> Siehe Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 6. 4. 1981, 6. 4. 1981, S. 5, AdsD, Bestand SPD-PV, Vorstandssekretariat, Mappe 162; Glotz an die leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer und die Unterbezirke: Krefelder Appell, 8. 4. 1981, AdsD, WBA, A11.5, 30.

durften keine „Aktionseinheit mit den Kommunisten“ eingehen.<sup>212</sup> Peter Glotz bestritt „der DKP und ihr nahestehenden Organisationen“ eine „moralische Glaubwürdigkeit des Engagements für den Frieden“, weil für sie „die Rüstung des Warschauer Paktes friedensfördernd, die der NATO dagegen friedenschädigend ist“.<sup>213</sup> Doch es fiel der SPD-Führung schwer, eine klare Trennlinie zu ziehen; nicht alle Parteimitglieder folgten dem Beispiel Eppers und verweigerten dem Appell ihre Unterschrift.<sup>214</sup>

Wo nachrüstungskritische Sozialdemokraten auf Tuchfühlung zu Kommunisten gingen, da taten sie dies aber nicht, um sich beeinflussen zu lassen, sondern um Moskau zu ernsthaften Verhandlungen in Genf zu bewegen. Denn daran ließ es die Sowjetunion aus ihrer Sicht ebenso fehlen wie die Vereinigten Staaten. Vor allem war ihnen daran gelegen, sich den Supermächten als eine Gruppe zu präsentieren, die willens und in der Lage war, die internationalen Beziehungen mitzugestalten, weil sie erkannt hatte, dass der Kalte Krieg nicht mehr funktionierte. Gleichzeitig wollte sich die SPD-Führung der eigenen Basis als globaler Vermittler in Sachen Rüstungskontrolle zeigen und damit ihre innerparteilichen Kritiker besänftigen. Die außenpolitischen Interventionen verliefen wie ein Theaterstück, in dem alle Beteiligten nach einem festen Skript handelten. Wenn die Emissäre der SPD in West und Ost immer wieder die gleichen detaillierten Vorschläge machten, antworteten die Supermächte, indem sie die Ideen in einer schablonenhaften Sprache zurückwiesen. So blieben die Erfolge dieser performativen Akte sehr begrenzt, und nur selten konnte die SPD aus dem Osten etwas Neues vermelden. Der Kreml ließ sich von seiner Verhandlungstaktik genauso wenig abbringen, wie das Weiße Haus bereit war, auf die innenpolitischen Nöte der SPD einzugehen. So ernüchternd dieses Fazit auch ist – eigentlich liefen alle Versuche, das Ausland zum Resonanzraum zu machen, ins Leere. Das trieb den innerparteilichen Streit seinem Höhepunkt zu und brachte die Routine der SPD zu Fall.

---

<sup>212</sup> Das forderte Horst Niggemeier von Glotz, 20. 7. 1981, AdsD, 2/PVEH000256; abgedruckt in Niggemeier: Krefelder Appell. Dies widersprach in der Tat einem Parteiratsbeschluss vom 26. 2. 1971 zum „Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus“. Faulenbach: Jahrzehnt, S. 346f.; Roik: DKP, S. 138–153, insb. 139, auch 288–317.

<sup>213</sup> Glotz an Vorstand der Jungsozialisten im UB Hildesheim, 25. 6. 1981, AdsD, 2/PVEH000265; Jungsozialisten werben für „Krefelder Appell“ gegen NATO-Rüstung, in: *Die Welt*, 29. 4. 1981.

<sup>214</sup> Dazu Josef Weber an Epper, 30. 5. 1981, und die hs. Antwort vom 5. 6. 1981, AdsD, 1/EEAC000063.